



NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung
des Gemeinderates vom 29.01.2019

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 21:15 Uhr

Anwesend:	Fraktion	Anmerkungen
-----------	----------	-------------

Vorsitzender

Ruf, Michael

Mitglieder

Zepf, Erwin	CDU
Dagistanli, Metin	SPD
Gaiser, Thomas	FDP/UBL
Schneider, Friederike	BUB
Günter, Christine	FWV
Haist, Thomas	CDU
Kalmbach, Fritz	CDU
Dr. Hermann, Lutz	FDP/UBL
Medel, Horst	CDU
Heinsohn, Andrea	FWV
Rittner, Jürgen	CDU
Ruoss, Michael	CDU
Dr. Schaible, Beate	BUB
Schleh, Ernst	FWV
Schmelzle, Ulli	FDP/UBL
Gaiser, Gerhard	SPD
Schneider, Bernd	CDU
Dr. Seitz, Michael	SPD
Dr. Wäckers, Ludwig	BUB
Weiss, Maike	CDU
Bühner, Bernd	FWV

Abwesend:	Fraktion	Anmerkungen
-----------	----------	-------------

Nestle, Karlheinz	FWV	entschuldigt
-------------------	-----	--------------

TAGESORDNUNG :

1. Auflegung der Niederschrift über die Verhandlung des Gemeinderates vom 18.12.2018
2. Einwohnerfragestunde Januar 2019
3. Gemeinderatsfragestunde Januar 2019

- | | | |
|-----|---|--------|
| 4. | Einrichtung eines gemeinsamen Gutachterausschusses
hier: Bildung einer Kooperation mit Gemeinden des westlichen Landkreises Freudenstadt | 7/2019 |
| 5. | Sanierung "Friedrichstal"
hier: Beschluss über den Beginn der vorbereitenden Untersuchungen gem. § 141 Abs. 3 BauGB | 8/2019 |
| 6. | Brücke über die Murg
Ausschreibung der Gründungsmaßnahmen für die Behelfsbrücke | 9/2019 |
| 7. | Wahl des Gemeindewahlausschusses für die Kommunalwahlen am 26. Mai 2019 | 3/2019 |
| 8. | Wirtschaftsplan 2019 des Eigenbetriebs Gemeindewerke Baiersbronn
hier: Einbringung des Planentwurfs | |
| 9. | Erlass der Haushaltssatzung 2019 und Feststellung des Haushaltsplanes 2019 der Gemeinde Baiersbronn | |
| 10. | Feststellung des Wirtschaftsplanes 2019 der Baiersbronn Touristik | |
| 11. | Bekanntgaben | |

Vorbemerkungen

Der Vorsitzende stellt fest, dass das Gremium rechtzeitig und ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Wünsche zur Änderung der Tagesordnung bestehen nicht.

Beschluss-Nr. GR 1/2019

TOP 1. Auflegung der Niederschrift über die Verhandlung des Gemeinderates vom 18.12.2018

Diskussionsverlauf:

Der Vorsitzende sagt:

1. Die Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 18.12.2018 seien im „Murgtalbote“ in der Ausgabe vom 21.12.2018 bekannt gegeben worden. Diese Ausgabe liege im Sitzungsraum zur Einsichtnahme auf.
2. Die Niederschrift über die Verhandlung des Gemeinderates vom 18.12.2018 werde durch die Auflegung in der heutigen Sitzung zur Kenntnis gebracht. Die Niederschrift liege hier auf und könne von den Gemeinderäten eingesehen werden.

Beschluss-Nr. GR 2/2019

TOP 2. Einwohnerfragestunde Januar 2019

Diskussionsverlauf:

Zu Beginn der Sitzung dankt der Vorsitzende den im Winterdienst tätigen Mitarbeitern.

Herr Marx fragt nach dem Urteil zu den Mitteilungsblättern der Gemeinde und wie sich dieses auf den Murgtalboten auswirke.

Hauptamtsleiter Hinzer führt aus, dass die Rechtslage weiterhin verfolgt werde und die Stellungnahme des Gemeindetages hierzu abgewartet werde, auf welche entsprechendes veranlasst werde.

Frau Schneider fragt nach den dem Rosenpark. Es gehe das Gerücht um, dass hier höher gebaut werden könne als ursprünglich geplant.

Bauamtsleiter Kuntosch führt aus, dass die Bauhöhe eher seitens der Gemeinde im Vergleich zum Antrag eher nach unten korrigiert worden sei. Allerdings werde die Gebäude Höhe über der des umliegenden Geländes liegen, da dort eine Mulde im Gelände bestünde.

Beschluss-Nr. GR 3/2019

TOP 3. Gemeinderatsfragestunde Januar 2019

Diskussionsverlauf:

Gemeinderat Fritz Kalmbach fragt nach, warum letzte Woche nur einen Tag an der Baustelle in der Freudenstädter Straße gebaut worden sei.

Hierauf wird ausgeführt, dass es hier eine Hinderungsanzeige seitens der am Bau tätigen Firma gab. Laut Ausführung des Bauamtsleiters hänge dies damit zusammen, dass das Gelände gefroren gewesen sei und hierdurch die Firma bei der Weiterarbeit keine Gewährleistung übernommen hätte.

Gemeinderat Zepf fragt nach, ob der Gemeinde der kommunale Sanierungsfonds für Brücken bekannt sei. Dies sei kürzlich in der Presse zu lesen gewesen.

Tiefbausachgebietsleiter Oesterle führt aus, dass für eine Brücke nur ein Förderprogramm herangezogen werden könne, da sich bestimmte Förderprogramme nicht ergänzen können und sich damit ausschließen. Hier sei mit der Förderung im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutzprogramm der höchste Fördersatz gewählt worden.

Gemeinderat Dagistanli bittet darum, dass der Bereich der Bushaltestelle Schindele in Richtung Baiersbronn mit einer Beleuchtung versehen werde. Zudem sei an der Haltestelle nicht geräumt worden. Er bittet darum, dass dort künftig geräumt wird. Darüber hinaus bittet er darum beim Zugangsweg zum Aldi für die Fußgänger Bänke aufzustellen.

Der Vorsitzende sichert zu, die beiden Anliegen zur Prüfung mit in die Gemeindeverwaltung zu nehmen.

Gemeinderat Dr. Seitz fragt nach, was im Bereich der „Alten Krone“ künftig geschehe. Zudem erkundigt er sich nach der Seilbahn am Stöckerkopf, die auch für eine künftige Gartenschau sehr wichtig sei.

Der Vorsitzende führt aus, dass bzgl. der „Alten Krone“ weiterhin große Bemühungen seitens der Gemeinde angestrebt werden und auch der Bezirksbeiratsvorsitzende sich mehrfach bezüglich der „Alten Krone“ eingesetzt habe. Bezüglich der Seilbahn werde noch mit dem bisherigen Eigentümer gesprochen. Zeitgleich wird ein Planungsverfahren in Angriff genommen.

Gemeinderätin Dr. Schaible fragt nach, ob sich die Gemeindegärtnerei an einem derzeit laufenden überregionalen Projekt beteilige.

Der Vorsitzende sichert zu, das entsprechende Prospekt an die Gemeindegärtnerei weiter zu geben.

Zudem bittet Gemeinderätin Dr. Schaible die zuständigen Mitarbeiter die Homepage der Gemeinde um den Beitrag, welche Persönlichkeiten im Ort gewirkt haben, zu ergänzen.

Gemeinderätin Dr. Schaible fragt nach, ob es in der Eislaufhalle Baiersbronn die Möglichkeit gebe, Kurse für das Eislaufen anzubieten.

Der Vorsitzende führt aus, dass es in früheren Jahren immer wieder Anfragen gegeben habe. Es müsste allerdings jemanden geben, der diese Kurse anbietet. Sofern sich hier jemand findet, darf sich diese Person gerne mit der Gemeinde in Verbindung setzen. Besonders willkommen sei hier eine Meldung von Vereinen und Ehrenamtlichen, die Interesse hätten, einen solchen Kurs anzubieten.

Zudem bedankt sich Gemeinderätin Dr. Schaible dafür, dass die Brücke im Kurpark in Klosterreichenbach so schnell erneuert worden sei.

Gemeinderat Thomas Gaiser fragt nach der Anschaffung von Kohlenmonoxid-Warngeräten für Bauwagen.

Hierauf führt der Vorsitzende aus, dass der Kreisbrandmeister die Warngeräte für die Bauwagen gesponsert habe.

Auf Anfrage von Gemeinderat Dr. Hermann führt der Vorsitzende aus, dass im Winterdienst Fahrzeuge mit den Jahren am Verschleiß kaputt gehen würden. Gestern sei dieser Fall bei zwei Fahrzeugen eingetreten. Trotzdem sei es beim Winterdienst gelungen, den Schnee trotz zweier fehlender Fahrzeuge die fehlenden Kapazitäten zu kompensieren.

Gemeinderat Bühner dankt für die neue Brücke am Tennisplatz in Tonbach und für die sanierten Toiletten im Haus des Gastes.

Gemeinderätin Günter fragt nach der der Werbung der neuen Wirtschaft gegenüber des Ärztehauses, ob die dortige Werbung genehmigungspflichtig war.

Bauamtsleiter Kuntosch führt aus, dass bis zu einer gewissen Größe Werbeanlagen nicht genehmigungspflichtig seien.

Beschluss-Nr. GR 4/2019

TOP 4.	Einrichtung eines gemeinsamen Gutachterausschusses hier: Bildung einer Kooperation mit Gemeinden des westlichen Landkreises Freudenstadt	7/2019
---------------	---	---------------

Sachverhalt:

Nach § 192 Baugesetzbuch (BauGB) werden zur Ermittlung von Grundstückswerten und für sonstige Wertermittlungen selbständige, unabhängige Gutachterausschüsse gebildet. Neben der Erstattung von Gutachten über den Verkehrswert von bebauten und unbebauten Grundstücken sowie Rechten an Grundstücken (vgl. § 193 Abs. 1 BauGB) führt der Gutachterausschuss auch eine Kaufpreissammlung, wertet sie aus, ermittelt Bodenrichtwerte und sonstige zur Wertermittlung erforderliche Daten (vgl. § 193 Abs. 5 BauGB).

In den vergangenen Jahren wurde seitens des Landes Baden-Württemberg zunehmend in Frage gestellt, ob die Gutachterausschüsse in den Gemeinden ihre gesetzlichen Aufgaben vollständig und in der erforderlichen Qualität erfüllen können. Dies betrifft insbesondere Gutachterausschüsse mit einem kleinen Zuständigkeitsbereich, da in vielen Fällen die Anzahl der Kauffälle schlicht zu gering ist, um hierdurch eine sachgerechte Basis für die Ableitung der Wertermittlungsdaten bilden zu können. Weiter waren bzw. sind aus Sicht des Landes die Gutachterausschüsse unterschiedlich ausgestattet, eine Fachsoftware (automatisierte Kaufpreissammlung) wird nicht in allen Geschäftsstellen verwendet und es sind auch nicht alle Gemeinden in der Lage, in den Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse die notwendigen Stellenanteile für Personal mit dem dafür erforderlichen Sachverstand bereitzustellen. Folge daraus ist eine nicht flächendeckend den fachlichen Anforderungen genügende Datenlage im Land.

Dies war Grund dafür, dass eine Änderung der Gutachterausschussverordnung in die Wege geleitet wurde. Das zuständige Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz (MLR) plante dabei ursprünglich eine Bündelung der kommunalen Gutachterausschüsse in der Weise, dass jeder Gutachterausschuss eine Mindestzahl von 1.000 Kauffällen pro Jahr nachweisen müsse. Damit sei dann auch die notwendige Erfahrung und Qualifikation bei der Aufgabenerfüllung gewährleistet.

In diesem Verfahren haben sich die kommunalen Spitzenverbände dafür eingesetzt, dass die Gutachterausschüsse für die Ermittlung von Grundstückswerten und für sonstige Wertermittlungen im Sinne des § 192 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) auch weiterhin kommunale Aufgabe bleiben.

Im Zusammenwirken von Städtetag und Landkreistag konnte das Land letztlich davon überzeugt werden, dass die vom Land gewünschte Qualitätsverbesserung auch durch interkommunale Kooperationen erreicht werden kann.

Die novellierte Gutachterausschussverordnung ist am 11.10.2017 in Kraft getreten. § 1 Abs. 1 der Gutachterausschussverordnung sieht vor, dass innerhalb eines Landkreises benachbarte Gemeinden Kooperationen eingehen können.

Um eine Transparenz des Grundstücksmarkts auch auf Kreisebene herstellen und die dafür notwendige Datenbündelung vornehmen zu können, müssen für den Fall, dass es innerhalb eines Landkreises mehr als ein Gutachterausschuss geben sollte, diese Gutachterausschüsse zusammenwirken (Grundlage hierfür: § 1 Abs. 1 Satz 3 Gutachterausschussverordnung).

Bei einem Abstimmungsgespräch zwischen Vertretern des Städtetags und des MLR Ende November 2017 wurden folgende Punkte festgehalten:

- es ist nicht zulässig, dass mehrere selbständige Gutachterausschüsse sich (nur) einer gemeinsamen Geschäftsstelle (Auswertestelle) bedienen
- eine Aufgabenübertragung an Dritte (freie Sachverständige, Institute etc.) ist nicht zulässig
- das Gutachterausschusswesen ist kein Aufgabenfeld der Landratsämter, d. h. die Landratsämter dürfen bei fehlenden Zusammenschlüssen (Kooperationen) die Aufgabenerledigung nicht übernehmen
- die Regierungspräsidien werden im Rahmen ihrer Dienstaufsicht das Einhalten der gesetzlichen Vorgaben im Bereich des Gutachterausschusswesens künftig stärker prüfen
- das Gutachterausschusswesen ist, mit Ausnahme von Baden-Württemberg, bundesweit auf die Landkreisebene bezogen
- langfristiges Ziel ist, dass auch in Baden-Württemberg die Immobilienmarktdaten landkreisweit vorliegen, so dass sie im Immobilienmarktbericht Deutschland veröffentlicht werden können

- im Hinblick auf die bevorstehende Grundsteuerreform sind nachvollziehbar abgeleitete Bodenrichtwerte flächendeckend in einem Bodenrichtwertinformationssystem zwingend notwendig.

Bei einer Informationsveranstaltung des Städtetags Anfang Februar 2018 wurden diese Punkte nochmals besprochen und auch bestätigt. Insbesondere wurde erläutert, dass es sich bei der Neueinrichtung eines gemeinsamen Gutachterausschusses um eine Aufgabenübertragung zur Erfüllung handelt, für die auch die Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde erforderlich ist. Zuständig für die Aufgabe ist und bleibt die kommunale Ebene. Eine sinnvolle und vor allem auch praktikable Möglichkeit der interkommunalen Zusammenarbeit wird in Form einer entsprechenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gesehen.

Im Ergebnis sind damit zwei Ebenen der Kooperation erforderlich. Zum einen eine Kooperation auf Ebene der Kommunen, wobei in der Zielsetzung eine Richtgröße von 1.000 auswertbaren Kauffällen pro Jahr anzustreben ist, um eine verlässliche und aussagekräftige Datengrundlage zu erhalten.

Zum anderen ist eine Kooperation der Gutachterausschüsse auf Landkreisebene für den Fall erforderlich, dass im Landkreis mehr als ein (gemeinsamer) Gutachterausschuss gebildet ist.

Hierbei sind dann Regelungen dieser Gutachterausschüsse untereinander erforderlich zur Art und Weise der Zusammenarbeit und insbesondere zur Bündelung, Aufarbeitung und Weiterleitung von Daten, damit in der Zielsetzung letztlich landkreisweit zusammengeführte Daten vorliegen.

Noch nicht abschließend geklärt ist, ob die Zuständigkeit und Verantwortlichkeit der Kommunen sich auch auf die landkreisweite Zusammenführung von Daten bezieht. Bei der Informationsveranstaltung Anfang Februar 2018 waren die Vertreter der Kommunen und des Städtetags hierzu anderer Auffassung als die Vertreter des MLR, diese sehen eine Zuständigkeit der Kommunen auch hierfür. Weitere Abstimmung zwischen Städtetag und MLR war zugesagt. Ggf. wird sich hier bei einer bereits terminierten Informationsveranstaltung Mitte Februar 2019 ein neuer Kenntnisstand ergeben.

Auf kommunaler Ebene muss damit zunächst geklärt werden, inwieweit innerhalb eines Landkreises zuständige Stellen zur Aufgabenerledigung gebildet werden können, konkret also, ob interkommunale Lösungen für gemeinsame Gutachterausschüsse mit eigener Geschäftsstelle möglich sind.

Nach den der Verwaltung vorliegenden Informationen gehen die Stadt Horb und die Gemeinden Empfingen und Eutingen als Verwaltungsgemeinschaft davon aus, dass bezogen auf den Landkreis Freudenstadt zwei gemeinsame Gutachterausschüsse zur Abdeckung in etwa vergleichbarer Fallzahlen eingerichtet werden, einen für den östlichen und einen für den westlichen Teil des Landkreises. Im Wesentlichen dürfte dies aber davon abhängig sein, wie sich die einzelnen Kommunen im räumlichen Zuständigkeitsbereich des Gemeindeverwaltungsverbands Dornstetten hinsichtlich eines gemeinsamen Gutachterausschusses positionieren.

Für den westlichen Bereich des Landkreises Freudenstadt hat Anfang August 2018 ein erstes gemeinsames Abstimmungsgespräch stattgefunden. Vertreter des Gemeindeverwaltungsverbands Dornstetten sowie der Städte und Gemeinden Alpirsbach, Bad Rippoldsau-Schapbach, Baiersbronn, Loßburg und Seewald haben hieran teilgenommen.

Aus diesem Gespräch ergibt sich nicht nur die Bereitschaft, sondern im Hinblick auf den o. g. Richtwert von 1.000 auswertbaren Kauffällen pro Jahr auch die Notwendigkeit, zu einer interkommunalen Kooperation auf Grundlage einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung.

Vereinbart war unter den Gesprächsteilnehmern, dass zunächst eine Beschlussfassung im Gemeinderat zur grundsätzlichen Bereitschaft, an der Einrichtung eines gemeinsamen Gutachterausschusses für den westlichen Bereich des Landkreises Freudenstadt mitwirken zu wollen, erfolgen soll.

Anschließend erfolgt verwaltungsinterne weitere Abstimmung mit der Zielsetzung, wesentliche inhaltliche Eckpunkte für eine erforderliche öffentlich-rechtliche Vereinbarung gemeinsam festzulegen. Zum Beispiel besteht Einvernehmen der Gesprächsteilnehmer, dass auch in einem gemeinsamen Gutachterausschuss

Gutachter mit örtlicher Kenntnis vertreten sein sollten. Umgekehrt ergibt sich daraus die Problematik, dass die Gesamtgröße eines solchen gemeinsamen Gutachterausschusses dessen praktische Handlungsfähigkeit nicht einschränken darf.

Nach Verständigung auf die wesentlichen inhaltlichen Punkte muss dann die Ausarbeitung eines Entwurfstextes einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung beauftragt werden. Eine fachanwaltliche Ausarbeitung ist erforderlich, denn hierbei sind auch Fragen der Kostentragung, des Gebühren-, Steuer- und Satzungsrechts relevant.

Diskussionsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt und führt ergänzend aus, dass für Mittwoch, 20.02.2019, eine weitere Informationsveranstaltung für alle Gemeinden des Westkreises in Freudenstadt anberaumt sei. Eine weitere Aussprache findet nicht statt.

Abstimmungsergebnis:

2 Enthaltungen.

Beschluss:

Die Gemeinde Baiersbronn stimmt der Einrichtung eines gemeinsamen Gutachterausschusses im Bereich des westlichen Landkreises Freudenstadt auf Basis einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung grundsätzlich zu. Die Verwaltung wird beauftragt, wie im Sachverhalt dargestellt, weiter vorzugehen und zu gegebener Zeit erneut im Gemeinderat zu berichten.

Beschluss-Nr. GR 5/2019

TOP 5.	Sanierung "Friedrichstal" hier: Beschluss über den Beginn der vorbereiten-	8/2019
	den Untersuchungen gem. § 141 Abs. 3 BauGB	

Sachverhalt:

Im Jahr 2025 werden die Gemeinde Baiersbronn und die Stadt Freudenstadt gemeinsam die interkommunale Gartenschau im Forbachtal unter dem Motto „Freudenstadt – Baiersbronn – wir sind uns grün“ ausrichten.

In beiden Gebieten der betroffenen Teilorte Friedrichstal und Christophstal sind verschiedene Mängel und Missetände vorhanden, welche nur im Rahmen einer städtebaulichen Erneuerungsmaßnahme behoben werden können.

Die Gemeinde Baiersbronn plant im Jahr 2019 einen Antrag zur Aufnahme des Gebietes „Friedrichstal“ in ein Förderprogramm der städtebaulichen Erneuerung zu stellen. Die Stadt Freudenstadt plant dies im Jahr 2019 sinngemäß für ihren Stadtteil Christophstal.

Als umfassende Grundlage zur Antragstellung und um die Chancen der Bewilligung der Anträge zu erhöhen, sollen vorbereitende Untersuchungen durchgeführt werden. Um Synergieeffekte zu nutzen und dadurch Kosten zu sparen, sollen die vorbereitenden Untersuchungen gemeinsam mit der Stadt Freudenstadt beauftragt werden.

Aufgrund der nahezu identischen Größen der Untersuchungsgebiete von Friedrichstal und Christophtal sollen die Kosten gleichermaßen zwischen der Gemeinde Baiersbronn und der Stadt Freudenstadt aufgeteilt werden (14.950,- € netto zzgl. 5% Nebenkosten und MwSt.).

Vorbereitende Untersuchungen sind die Voraussetzung für die Ausweisung eines Sanierungsgebiets nach dem Baugesetzbuch (BauGB) und damit auch für den Abruf und die Verwendung von Fördermitteln. Vor der förmlichen Festlegung des Sanierungsgebiets hat die Gemeinde Baiersbronn sogenannte vorbereitende Untersuchungen gem. § 141 BauGB durchzuführen. Im Rahmen derer sind die erforderlichen Beurteilungsgrundlagen u. a. für die sozialen, strukturellen und städtebaulichen Verhältnisse und Zusammenhänge sowie die anzustrebenden Sanierungsziele zu erheben.

Das Gebiet der vorbereitenden Untersuchungen wird so abgegrenzt, dass alle untersuchungswürdigen Bereiche miteinbezogen werden (siehe Abgrenzungsplan vom 05.12.2018). Bei der späteren förmlichen Festlegung des Sanierungsgebiets kann die Sanierungsmaßnahme auf ein möglicherweise kleineres Gebiet beschränkt werden. Für die Bestimmung des förmlich festgelegten Sanierungsgebiets bilden die Ergebnisse der durchzuführenden vorbereitenden Untersuchungen die Entscheidungsgrundlage.

Bis zur Fertigstellung der vorbereitenden Untersuchungen gelten die folgenden vorläufigen Sanierungsziele:

- Erhalt und Entwicklung der charakteristischen Siedlungsstruktur mit ihren spezifischen Besonderheiten
- Stärkung des Ortsteils als Wohnstandort sowie als Standort für Erholung und Touristik
- Erhalt und Revitalisierung der örtlichen Gewerbestruktur
- Erhaltende Erneuerung der vorhandenen historischen Bausubstanz durch Instandsetzung und Modernisierung privater Gebäude; soweit erforderlich, Abbruch nicht mehr zu erhaltender Gebäude und städtebaulich angepasste Neubebauung
- Verbesserung des Wohn- und Arbeitsumfeldes durch Umgestaltungsmaßnahmen von Straßen- und Platzräumen, Begrünung, Verbesserung der Stellplatzsituation
- Schaffung zusätzlichen Wohnraums im bestehenden Ortsgefüge durch Nutzung des Leerstandes und partielle Neuordnung bisher ungenutzter Bereiche

Der Beschluss über vorbereitende Untersuchungen ist nicht gleichbedeutend mit der förmlichen Festlegung des Sanierungsgebiets, dieses bedarf einer besonderen Sanierungssatzung.

Diskussionsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt und stellt anhand eines Lageplans das bisher eingeplante Sanierungsgebiet dar.

Der Bezirksbeiratsvorsitzende Jäger von Friedrichstal erkundigt sich, ob das Jägerloch gesamtheitlich mit in das Planungsgebiet einbezogen sei. Der Vorsitzende erwidert, dass momentan nur die vorderen Gebäude nicht aber die weiter hinten gelegenen Gebäude mit eingeplant seien. Sollte es aber noch Bedarf geben, könne das Gebiet auch noch ausgeweitet werden, da die Planung noch nicht endgültig sei.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Beschluss:

1. Das Gebiet „Friedrichstal“ wurde als städtebauliches Problemgebiet ermittelt. Der Gemeinderat beschließt deshalb zur Prüfung der Sanierungsbedürftigkeit vorbereitende Untersuchungen nach § 141 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) im Gebiet „Friedrichstal“ durchführen zu lassen. Als vorläufige Ziele und Zwecke der Sanierung werden bestimmt:
 - Erhalt und Entwicklung der charakteristischen Siedlungsstruktur mit ihren spezifischen Besonderheiten
 - Stärkung des Ortsteils als Wohnstandort sowie als Standort für Erholung und Touristik
 - Erhalt und Revitalisierung der örtlichen Gewerbestruktur
 - Erhaltende Erneuerung der vorhandenen historischen Bausubstanz durch Instandsetzung und Modernisierung privater Gebäude; soweit erforderlich, Abbruch nicht mehr zu erhaltender Gebäude und städtebaulich angepasste Neubebauung
 - Verbesserung des Wohn- und Arbeitsumfeldes durch Umgestaltungsmaßnahmen von Straßen- und Platzräumen, Begrünung, Verbesserung der Stellplatzsituation
 - Schaffung zusätzlichen Wohnraums im bestehenden Ortsgefüge durch Nutzung des Leerstandes und partielle Neuordnung bisher ungenutzter Bereiche
2. Das Untersuchungsgebiet ist im Lageplan vom 05.12.2018 umgrenzt, dieser Plan wird zum Bestandteil dieses Beschlusses erklärt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den erforderlichen Betreuungsvertrag für die Durchführung der vorbereitenden Untersuchungen mit der Wüstenrot Haus- und Städtebau GmbH, Ludwigsburg, abzuschließen.

Beschluss-Nr. GR 6/2019

TOP 6.	Brücke über die Murg Ausschreibung der Gründungsmaßnahmen für die Behelfsbrücke	9/2019
---------------	--	---------------

Sachverhalt:

Das Thema wurde zuletzt am 20. November 2018 im Gemeinderat behandelt.

Die Bauleistungen für die Fundamente für die Mietbrücke wurden am 19.12.2018 beschränkt ausgeschrieben.

7 Firmen wurden aufgefordert ein Angebot abzugeben. (siehe Anlage)

Am 10.01.2019 hat um 14:00 Uhr die Submission stattgefunden. 2 Angebote wurden abgegeben.

Die ungeprüften Angebote liegen bei

503.007,81 € von der Firma Strabag, Freudenstadt und

948.305,03 € von der Firma Waltersbacher, Baiersbronn.

Die Kostenschätzung vom Büro sbp lag bei rund 120.000 € bis 150.000 € für die Variante 1, Flachgründung. Andere untersuchten Varianten, wie Gründung mit Bohrpfählen oder Gründung mit Mikropfählen und Flachgründung lagen bei 130.000 € bis 160.000 €.

Das günstigste Angebot liegt somit 3,8-fach höher als die Kostenschätzung.

Vor Beginn wird noch eine Tischvorlage mit folgendem Inhalt verteilt:

Die Bauleistungen für die Fundamente der Mietbrücke wurden am 19.12.2018 beschränkt ausgeschrieben und 7 Bieter zur Angebotsabgabe aufgefordert. Bei der Submission am 10.01.2019 gingen 2 Angebote frist- und formgerecht ein. Nach fachtechnischer und rechnerischer Prüfung der Angebote war die Firma Strabag GmbH aus Freudenstadt mit ihrem Angebot am günstigsten. Die Angebotssumme belief sich auf 458.687,13 € brutto. Dieses Angebot entsprach aufgrund von Überschreitung des Vergabebudgets nicht den Ausschreibungsbedingungen. Maßgebende Preise waren unverhältnismäßig hoch. Der Grund war unter anderem, dass bei einzelnen Pauschalpositionen hohe Risikozuschläge veranschlagt wurden. Aus diesem Grund wurde die Ausschreibung der Gründungsmaßnahmen für die Behelfsbrücke aufgehoben.

Nach der Aufhebung der Ausschreibung der Gründungsmaßnahmen für die Behelfsbrücke am 18.01.2019 wurde keine nochmalige Ausschreibung durchgeführt, da aufgrund der derzeit hohen Auslastung der Betriebe und der kurzen Frist bis zum Beginn nicht mit annehmbaren Angeboten zu rechnen ist. Zudem haben sich die Anforderungen hinsichtlich Verkehrssicherung und die Lage von Widerlager-Süd geändert (Brücke jetzt um 3m kürzer).

Es wurde im Rahmen einer freihändigen Vergabe mit geänderten Leistungen (Pauschale Positionen nach tatsächlichem Aufwand) von 4 Bietern Angebote eingeholt. Nach fachtechnischer und rechnerischer Prüfung der Angebote war die Firma Strabag GmbH aus Freudenstadt mit ihrem Angebot am günstigsten. Die Angebotssumme beläuft sich auf 344.298,57 € brutto.

Kosten Behelfsbrücke insgesamt (Stand 28.01.2019):

- Gründungsmaßnahmen für die Behelfsbrücke
 - o Technische Bearbeitung
 - o Verkehrssicherung
 - o Baustelleneinrichtung
 - o Vermessung
 - o Erdarbeiten u. temporäre Wegeführung
 - o Verbau
 - o Unbewehrter Beton, Bewehrung, Stahlbeton, Abdichtung, Entwässerung

Angebot der Firma Strabag GmbH (ohne Bedarfspositionen) = 344.298,57 € brutto

- Behelfsbrücke vom TYP JSB 200 (Miete)
 - o Montage
 - o Miete für 12 Monate
 - o Demontage
 - o Tagessatz Projektleiter

Angebot der Firma Janson Bridging GmbH = 122.486,70 € brutto

- Kosten gesamt
 - o Gründungsmaßnahmen
 - o Behelfsbrücke (Miete)

Gesamt = 466.785,27 € brutto

Aufgrund der hohen Gesamtkosten für die angedachte Behelfsbrücke als Umleitungstrecke für den zweiten Bauabschnitt der Freudenstädter Straße, die weit über der ursprünglichen Kostenschätzung vom Ingenieurbüro **sbp** liegt, wurde parallel dazu eine Ampellösung und eine Umleitungslösung geprüft und weiterverfolgt.

- Folgende Punkte wurden dabei beachtet:
 - o Ampel (vermutlich lange Wartezeiten)
 - o Ausweisung großräumiger Umleitungsstrecken (z.B. L409)
 - o Einbahnregelungen (z.B. über die Alte Reichenbacher Straße)
 - o Gewährleistung der Rettungswege (Rettungswagen, Polizei, Feuerwehr)
 - o Busverkehr (Schule)

Momentan wird dafür ein Verkehrskonzept durch das Ordnungsamt u. dem Bauamt entwickelt.

- Vorteile der Behelfsbrücke:

- Die Widerlager wären später nutzbar für Fuß- und Radwege am gleichen Standort.
- Die Behelfsbrücke könnte an einem anderen Standort wiederverwendet werden (Schönmünzach) bei Kauf.
- Der Verkehrslauf würde flüssiger verlaufen.
- Die Rettungswege wären sichergestellt.

Diskussionsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt.

Bauamtsleiter Kuntosch führt ergänzend aus, dass nach Aufhebung der Ausschreibung in den mit vier Firmen geführten Gesprächen versucht wurde, die Positionen zu konkretisieren, die in der Ausschreibung noch unklar waren.

Ordnungsamtsleiter Burkhardt informiert zur angedachten Ampellösung darüber, dass er momentan in Kontakt mit zwei Firmen stehe, von denen die eine Ampeln vermiete und die andere auch Berechnungen darüber anstelle, mit welchen Rückstaus gegebenenfalls zu rechnen sei. Das Angebot dieser Firma folge in den nächsten Tagen inklusive der Angabe, bis wann die Berechnungen erfolgen könnten. Des Weiteren führt Ordnungsamtsleiter Burkhardt aus, dass z.B. der Rettungsdienst bei der Ampel bevorzugt geschaltet werden kann. Allerdings könne er heute noch keine Aussagen über Rückstaulängen treffen.

Der Vorsitzende ergänzt, dass im Hinblick auf den finanziellen Aspekt eine Ampellösung weitaus günstiger wäre als die Behelfsbrücke.

Bezirksbeiratsvorsitzender Christein erläutert, dass der Bezirksbeirat Baiersbronn die Mietbrücke in Bezug auf Planung und Kosten immer angezweifelt habe. Er bittet darum, dass an der Ampellösung und der sich daraus ergebenden Umleitung mit Hochdruck gearbeitet werde. Ebenso bittet Herr Christein darum, dass bei der dann bevorstehenden 4-wöchigen Sperrung beim Sport Klumpp und den dann in dieser Zeit wegfallenden Parkplätzen bei der Schwarzwaldhalle eine gute Ausschreibung der Parkplätze des Wohnmobilparkplatzes als Ersatzparkplatz erfolge.

Der Vorsitzende ergänzt, dass aufgrund dessen ab März vorerst keine Vermietung mehr an Wohnmobile erfolgen werde.

Gemeinderat Ruoss merkt an, dass man zu lange Zeit für die Gestaltung der Brücke verwendet und zu wenig Augenmerk auf die Kosten und die Planung gelegt habe. Die Kosten von knapp einer halben Million Euro hält er für die kurze Zeit, die die Brücke benötigt würde, für zu teuer. Gemeinderat Ruoss fragt, ob die Brücke tatsächlich pünktlich käme.

Gemeinderat Haist möchte ebenfalls wissen, ob die Termine gehalten werden können, auch würde ihn interessieren, ob man sicher sein könne, dass die angegebenen Kosten so bleiben würden und warum die Brücke dadurch günstiger wird, wenn diese 3 m kürzer wird.

Herr Oesterle vom Sachgebiet Tiefbau erläutert, dass es sich bei den aufgeführten Bedarfspositionen um Alternativpositionen handele, die dem besseren Vergleich dienen. Nicht alle Bedarfspositionen würden benötigt. Würde man sich für eine Bedarfsposition entscheiden, würde diese die Position im Hauptangebot ersetzen. Die Brücke würde 3 m kürzer werden, da das Ingenieurbüro erst nach Planfertigstellung bemerkt habe, dass ein Schacht vorhanden sei, unter dem ein Triebwerkskanal liege. Um diesen zu umgehen, würde die Kürzung erfolgen.

Gemeinderat Dr. Seitz gibt Gemeinderat Ruoss in allen Punkten recht und möchte ebenso wissen, bis wann mit der Fertigstellung der Brücke zu rechnen sei. Auch merkt er an, dass man dazu stehen müsse, dass man unter den gegebenen Kosten die Brücke nicht möchte.

Der Vorsitzende erwidert, dass der günstigste Bieter zugesagt habe, dass die Brücke zum 1. April fertig würde. Mit einer Konventionalstrafe könne man ihn gegebenenfalls aus vergaberechtlichen Gründen nicht belegen.

Gemeinderat Schleh erklärt, dass alle Schuld daran haben, dass die Situation so gekommen sei. Auch er halt den Zeitplan der Brücke für utopisch. Wenn man die Brücke möchte, dann müsse man dies heute festzurren, ansonsten müsse man die Ampellösung weiter vorantreiben. Gemeinderat Schleh stellt des Weiteren die Überlegung an, ob man den Verkehr zumindest zum Teil vom Knotenpunkt Kreisverkehr umleiten könne.

Der Vorsitzende führt ergänzend aus, dass es bereits Anregungen gebe, manche Wege und Straßen für den Verkehr freizugeben und sei es als Einbahnstraßenregelung.

Gemeinderat Dr. Hermann fragt nach, ob die Investitionen für Fundamente und ggf. auch eine Mietbrücke zu einem späteren Zeitpunkt doch noch kommen würden.

Bauamtsleiter Kuntosch bejaht dies, da die vorhandene Brücke definitiv saniert werden müsse. Auch für eine Fußgängerbrücke würden Fundamente benötigt.

Gemeinderat Dr. Wäckers ist es wichtig, dass die Bauarbeiten gerade auch im Hinblick auf den Einzelhandel bis Ende 2019 beendet seien. Er spricht sich klar für die Ampellösung aus und verweist in diesem Zusammenhang auch auf Freudenstadt und die dort schon lang andauernden Bauarbeiten.

Gemeinderat Zepf entgegnet, dass er sich schwer mit einer Entscheidung tue. Er hätte sich konkrete Zahlen für die Ampel in Bezug auf Wartezeiten und den Rettungsdienst gewünscht.

Ordnungsamtsleiter Burkhardt erläutert, dass es im Moment noch keine ausgearbeitete Lösung gebe. Voraussichtlich müssten aber die Alarmierungs- und Ausrückepläne dahingehend geändert werden, dass z.B. die Feuerwehren von Mitteltal und Klosterreichenbach beide ausrücken. Bisher gebe es aus dieser Sicht noch keine Punkte, die gegen eine Ampellösung sprechen würden.

Gemeinderat Dr. Seitz möchte vom Kämmerer wissen, ob man die Brücke eigentlich zahlen könne.

Dies wird von Kämmerer Veit bejaht; die Summe sei im Haushaltsplan eingeplant und finanzierbar.

Gemeinderat Dr. Seitz plädiert dafür, unbedingt heute über die Maßnahme zu entscheiden, wohingegen es Gemeinderat Schleh schwierig findet, ohne konkrete Zahlen für eine Ampel zu entscheiden.

Auch wenn die exakte Berechnung noch nicht vorliege, ergänzt Bauamtsleiter Kuntosch, dass die Firma vorsehe, die Ampel in jede Richtung 100 Sekunden freizuschalten.

Gemeinderätin Weiss fragt nach, wie lange man die Ampel schalten müsse.

Bauamtsleiter Kuntosch antwortet, dass man die Ampellösung von April bis zum Ende der Bauzeit, voraussichtlich Dezember, benötigen würde. Er gibt außerdem zu bedenken, dass die Baustelle mit einer Ampel nicht schneller laufen würde.

Gemeinderat Ruoss ist der Meinung, dass man sofort ein Ampelkonzept benötige, sofern die Brücke nicht zum 1. April fertig werde.

Gemeinderätin Günter hält die gesamte Ausschreibung für fragwürdig und möchte wissen, was eigentlich das Ingenieurbüro für seine Arbeit bekommt.

Bauamtsleiter Kuntosch erwidert, dass man darüber intensive Gespräche auch mit dem Innungsmeister führe, ob das Ingenieurbüro tatsächlich seine Leistung gebracht habe.

Gemeinderat Dagistanli merkt an, dass man schon jetzt im Normalverkehr eine Viertelstunde stehe. Wenn man sich für die Ampellösung entscheide, bittet er darum, sich Gedanken darüber zu machen, welche Umleitungen zur Verfügung stehen.

Der Vorsitzende führt ergänzend aus, dass er nicht garantieren könne, dass die Brücke pünktlich zum 1. April stehe, da dies auch wetterabhängig sei. Die Brücke sei am Komfortabelsten und würde besser funktionieren, sei aber mit hohen Kosten verbunden. Eine Ampel führe zwar zu Einschränkungen, würde aber auch funktionieren.

Bauamtsleiter Kuntosch merkt an, dass es nicht nur ein Wetterrisiko für die Fertigstellung der Brücke gebe, sondern, wenn das Wetter nicht mitspiele, könne auch die Straße nicht weiter gebaut werden.

Bezirksbeirat Christein möchte wissen, ob man es dulden würde, dass die Mittel- und Obertäler Schleichwege über die Winterseite fahren oder ob man diese richtig ausweisen werde.

Der Vorsitzende antwortet, dass es nur Probleme mit der Alten Reichenbacher Straße geben würde. Ob z.B. eine Feuerwehr mit Drehleiter über die Winterseite durchkäme, müsste ausprobiert werden. Hierzu würden intensive Gespräche mit der Feuerwehr und der Rettungsleitstelle geführt. Der Vorsitzende ergänzt des Weiteren, dass eine Ampellösung von den Kosten her im unteren fünfstelligen Bereich liegen würde.

Gemeinderat Haist fragt nach, ob in der Ampelphase auch die Fußgänger mitberücksichtigt würden.

Bauamtsleiter Kuntosch erläutert, dass die Fußgängerampel im Neumühleweg entfallen und die Fußgänger wie früher durch eine Brückenlösung über die Schelklewiesen geleitet werden sollen.

Gemeinderat Medel hält die Ampel für die beste Lösung, da sie einfacher und kostengünstiger sei. Für ihn ist es logisch, dass man an einer Ampel warten müsse. Wie überall könne auch hier der Rettungsdienst über eine rote Ampel fahren.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit 7 Ja- und 13 Nein-Stimmen.

Beschluss:

1. Der Auftrag für die Gründungsmaßnahmen für die Behelfsbrücke Baiersbronn wird nicht erteilt.
2. Der Auftrag der Behelfsbrücke Baiersbronn als Mietvariante wird nicht erteilt.

Beschluss-Nr. GR 7/2019

TOP 7.	Wahl des Gemeindevwahlausschusses für die Kommunalwahlen am 26. Mai 2019	3/2019
---------------	---	---------------

Sachverhalt:

Nach § 11 Abs. 2 des Kommunalwahlgesetzes (KomWG) besteht der Gemeindevwahlausschuss aus dem Bürgermeister als Vorsitzendem und mindestens 2 Beisitzern. Die Beisitzer und Stellvertreter in gleicher Zahl wählt der Gemeinderat aus den Wahlberechtigten. Ist der Bürgermeister Wahlbewerber oder Vertrauensperson für einen Wahlvorschlag, wählt der Gemeinderat den Vorsitzenden des Gemeindevwahlausschusses und einen Stellvertreter aus dem Kreis der Wahlberechtigten und Gemeindebediensteten, sofern sie nicht selber Wahlbewerber oder Vertrauensperson eines Wahlvorschlags sind. Die Mitglieder des GWA dürfen auch nicht in einem weiteren Wahlorgan als Mitglied bestellt werden.

Bürgermeister Ruf wird bei der Wahl zum Kreistag Wahlbewerber sein. Auch seine ehrenamtlichen Stellvertreter sind nach hiesiger Kenntnis erneut Wahlbewerber zum Gemeinderat bzw. Kreistag und stehen deshalb nicht zur Wahl. Deshalb wird von der Verwaltung vorgeschlagen, den Leiter des Ordnungs- und Wahlamts zum Vorsitzenden des Gemeindevwahlausschusses zu wählen.

Sein Stellvertreter, die weiteren Beisitzer und deren Stellvertreter wurden bei den letzten Wahlen wegen der nötigen Fachkenntnisse in der Regel aus dem Kreis der Gemeindebediensteten gewählt. Da nach § 15 des Kommunalwahlgesetzes (KomWG) jedoch niemand in mehr als einem Wahlorgan Mitglied sein darf, könnten die Gemeindebediensteten dann nicht wie bisher üblich in den einzelnen Teilorten und Ortschaften in den dortigen Wahlvorständen als offizielle Mitglieder eingesetzt werden.

(Es bestünde zwar die Möglichkeit, die Gemeindebediensteten in den Gemeindevwahlausschuss zu wählen und sie zusätzlich in den einzelnen Wahlvorständen für die Wahlbezirke noch als „Hilfskräfte“ einzusetzen. Da aber Hilfskräfte keine Mitglieder von Wahlorganisationen sind, könnten sie an erforderlich werdenden Entscheidungen des Wahlvorstandes nicht mitwirken)

Deshalb sollten die Beisitzer und deren Stellvertreter in den Gemeindevwahlausschuss vorrangig aus dem Kreis derjenigen Gemeinderäte gewählt werden, die bei den anstehenden Kommunalwahlen nicht mehr kandidieren.

Nach § 11 Abs. 4 Kommunalwahlgesetz (KomWG) bestellt der Bürgermeister den Schriftführer und die etwa erforderlichen Hilfskräfte. Der Schriftführer kann, muss aber nicht zwingend aus den Beisitzern bestellt sein. Zum Schriftführer soll deshalb der stellvertretende Leiter des Ordnungsamts Achim Schwenk bestellt werden. Da er nicht zugleich als Beisitzer gewählt werden soll, kann er - wie bisher auch - als Wahlvorsteher in Friedrichstal bestellt werden.

Somit sind lediglich der Vorsitzende, sein Stellvertreter, sowie mindestens zwei Beisitzer und deren Stellvertreter vom Gemeinderat zu wählen.

Der Vorsitzende des Gemeindevwahlausschusses wird vom Bürgermeister zur rechtmäßigen Erfüllung der ihm obliegenden Aufgaben verpflichtet; die Beisitzer, der Schriftführer und die etwa erforderlichen Hilfskräfte werden dann vom Vorsitzenden des Gemeindevwahlausschusses verpflichtet.

Der Gemeindevwahlausschuss leitet die Kommunalwahlen und die Feststellung des Wahlergebnisses. Er hat darüber zu wachen, dass die Vorbereitung und Durchführung der Wahl vorschriftsmäßig vor sich gehen. Als wichtigste Aufgabe hat er über die Prüfung und Zulassung der Wahlvorschläge, die Entscheidung von Widersprüchen gegen die Zurückweisung von Wahlvorschlägen oder die Streichung von Bewerbern für die Wahl der Gemeinderäte und der Ortschaftsräte zu entscheiden.

Bei der Ermittlung und Feststellung der Wahlergebnisse übt er eine weitgehende Kontroll- und Aufsichtsfunktion aus, indem er beispielsweise grundsätzlich alle Entscheidungen der einzelnen Wahlvorstände überprüfen und abweichend entscheiden kann.

Bei der Wahl der Kreisräte erfüllt der Gemeindevwahlausschuss für die Gemeinde die örtlich anfallenden Aufgaben. Obwohl die Wahlkreisausschüsse bereits vor der letzten Kommunalwahl abgeschafft worden sind, ist der GWA aber weiterhin ausnahmsweise Wahlkreisausschuss, wenn der Wahlkreis – wie im Falle der Gemeinde Baiersbronn – nur aus einer Gemeinde besteht.

Weiter trifft der GWA Entscheidungen, welche Wahlen noch am Wahltag oder gegebenenfalls am folgenden Montag auszuzählen sind und wie die Wahlunterlagen in der Zwischenzeit zu sichern wären. Er bestimmt auch die Form der Stimmzettel und genehmigt den Einsatz eines Wahlauswertungsprogramms.

Diskussionsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert, dass es aus der Vorberatung im Verwaltungsausschuss einen Beschlussvorschlag gebe, Herrn Gemeindeamtman Marko Burkhardt zum Vorsitzenden des Gemeindevwahlausschusses, Herrn Roland Seefried zum stellvertretenden Vorsitzenden und Herrn Gemeindeamtsinspektor Achim Schwenk zum Schriftführer zu bestimmen.

Ordnungsamtsleiter Burkhardt ergänzt, dass ihm aus den Fraktionen Vorschläge für die Wahl der Beisitzer und deren Stellvertreter gemacht wurden. Seitens der Fraktion der CDU wird Gemeinderat Thomas Haist vorgeschlagen. Die Freien Wähler schlagen Herrn Gerhard Braun aus Tonbach vor. Die SPD-Fraktion Herrn Axel Buchthal und die Fraktion FDP/UBL Herrn Dieter Rapp. Es wird vorgeschlagen, die Besetzung der Beisitzer und Stellvertreter in Reihenfolge der Fraktionsstärke aus welcher der Vorschlag stammt vorzunehmen

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Beschluss:

Gemäß § 11 Abs. 2 des Kommunalwahlgesetzes (KomWG) werden (in den Gemeindevwahlausschuss) für die am 26. Mai 2019 stattfindenden Kommunalwahlen folgende Wahlberechtigte und Gemeindebedienstete, gewählt:

Vorsitzender:	Gemeindeamtman Marko Burkhardt
stellvertr. Vorsitzender :	Roland Seefried
Schriftführer:	Gemeindeamtsinspektor Achim Schwenk
Beisitzer:	Thomas Haist
Beisitzer:	Gerhard Braun, Tonbach
stellvertr. Beisitzer:	Axel Buchthal
stellvertr. Beisitzer:	Dieter Rapp

Im Anschluss macht Ordnungsamtsleiter Burkhardt noch folgende Ausführungen zur Amtszeit der Gremien und der konstituierenden Sitzung:

Bisher endete die Amtszeit der Gemeinderäte und Ortschaftsräte mit Ablauf des Monats, in dem die regelmäßigen Wahlen der Gremien stattgefunden haben. Mit der GemO-Novelle vom 28.10.2015 wurde § 30 GemO dahingehend geändert, dass die Amtszeit des Gemeinderates (Ortschaftsrates) mit Ablauf des Wahltags und somit mit Ablauf des 26. Mai 2019, 24 Uhr endet. Die Amtszeit der neu gewählten Gremien beginnt damit in allen Städten und Gemeinden am 27. Mai 2019, 0 Uhr. Davon ist der tatsächliche Amtsantritt der neu Gewählten zu unterscheiden. Die Konstituierung des neuen Gremiums kann erst stattfinden, wenn der Wahlprüfungsbescheid vorliegt oder die Wahlprüfungsfrist von einem Monat nach öffentlicher Bekanntmachung der Wahlergebnisse ungenutzt bleibt, sonst nach Rechtskraft der Wahl. Dies bedeutet, dass die konstituierende Sitzung noch vor der Sommerpause anberaumt werden kann.

Der Vorsitzende erläutert daraufhin den für 2019 geplanten Sitzungsrhythmus in den Monaten Juni und Juli.

Beschluss-Nr. GR 8/2019

TOP 8. Wirtschaftsplan 2019 des Eigenbetriebs Gemeindewerke Baiersbrunn: Einbringung des Planentwurfs

Diskussionsverlauf:

Der Vorsitzende begrüßt Frau Schröder und Herrn Lieb von den Gemeindewerken Baiersbrunn. Er geht auf den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs „Gemeindewerke“ für 2019 ein. Dort ist für 2019 ein Gewinn von 651.354 Euro geplant. Dieser Gewinn ist auf die einzelnen Betriebszweige wie folgt verteilt:

	Gewinn	Verlust
Stromnetz	94.240 €	
Stromvertrieb	406.970 €	
Stromerzeugung	118.244 €	
Straßenbeleuchtung		10.619 €
Breitband (neu)		16.418 €
Erdgasnetz	88.167 €	
Erdgasvertrieb	279.977 €	
Wasserversorgung	623.093 €	
Freibäder		658.064 €
Kunsteisbahn		274.235 €
gesamt	651.354 €	

Die Investitionen im Jahr 2019 verteilen sich im Entwurf auf die Betriebszweige wie folgt:

Stromnetz	702.000 €
Stromvertrieb	10.000 €
Stromerzeugung	3.340.000 €
Erdgasnetz	327.000 €
Telekommunikation	670.000 €
Wasserversorgung	1.856.000 €
Gemeinsame Anlagen	143.000 €
Freibäder	321.000 €
Kunsteisbahn	53.000 €
gesamt	7.422.000 €

Außerdem sind Tilgungen mit 652.856 Euro zu leisten sowie die Auflösung der Ertragszuschüsse von 118.986 Euro und die Entnahme aus der Pensionsrückstellung von 3.500 Euro zu finanzieren.

Die Finanzierung im Jahr 2019 erfolgt durch den Jahresgewinn, Kreditaufnahmen mit 5.767.379 Euro sowie den Abschreibungen von 1.479.311 Euro und Zuschüssen von 200.000 Euro.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die investiven Maßnahmen intern noch zu hinterfragen sind, hier sei das Ziel, die Maßnahmen zu strecken, da die vorgesehene Kreditaufnahme von rund 5,8 Millionen Euro so nicht darstellbar sei. Er sagt, dass einige Maßnahmen pflichtig umgesetzt werden müssten, hierzu zählen u.a. das Wehr Klosterreichenbach, Glasfaser/Breitband und der Hochbehälter Heselbach. Er ergänzt, dass das weitere Procedere bezüglich Beratung und Beschlussfassung im Ältestenrat besprochen werde. Es sei in jedem Fall angestrebt, die zukünftige Beschlussfassung des Wirtschaftsplanes wieder gemeinsam mit den anderen Planwerken vorzunehmen. Die diesjährige Verzögerung sei der personellen Situation geschuldet.

Auf die Frage von Gemeinderat Zepf sagt der Vorsitzende, dass die Baumaßnahmen zwischen Gemeindewerken und Bauamt abgestimmt werden würde.

Nach kurzer Aussprache beendet der Vorsitzende diesen Tagesordnungspunkt.

Beschluss-Nr. GR 9/2019

TOP 9. **Erlass der Haushaltssatzung 2019 und Feststellung des Haushaltsplanes
2019 der Gemeinde Baiersbronn**

Sachverhalt:

Den Gemeinderäten ist in der Gemeinderatssitzung vom 20. November 2018 der Entwurf des Haushaltsplanes 2019 für den Kämmereihaushalt einschließlich der Finanzplanung bis 2022 zugegangen. Der endgültige Entwurf des Haushaltsplanes ging dem Gemeinderat als Tischvorlage zu.

Diskussionsverlauf:

Für die **CDU**-Fraktion trägt Fraktionsvorsitzender Michael Ruoss folgendes vor:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Ruf, liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wie bereits in den letzten Haushaltsberatungen betont ist es aus unserer Sicht wichtig Prioritäten zu setzen und auch den Mut zu haben, Dinge auf den Prüfstand zu stellen. Nur so bleiben genügend Ressourcen, um neue Themen anzugehen.

Das Bestreben der CDU Fraktion war es immer, gute Jahre zur Schuldentilgung zu nutzen, um finanzielle Freiheit für Zukunftsprojekte zu schaffen. Diese stehen jetzt mit den Großprojekten im Unterdorf des Mutterortes und der Perspektive „Gartenschau“ an.

Neben den planerischen und zeitlichen Herausforderungen kommt deshalb für uns die finanzielle Herausforderung dazu, dies alles ohne Steuererhöhungen in den nächsten Jahren abzuwickeln. Hier sind der prüfende Blick sowie das Controlling durch die Kämmerei in Bezug auf Planungs- und Ausgabendisziplin gefordert.

Die Forderung nach Ausgabensteigerungen oder gar kostenlosen Angeboten sollte deshalb immer sehr kritisch gesehen werden, da es keine kostenlosen Leistungen gibt. Letztendlich bezahlt immer jemand dafür, nur eben nicht unbedingt derjenige, der diese Leistungen in Anspruch nimmt.

Um fit für die Zukunft zu sein, müssen wir uns mit Visionen für die weitere Entwicklung unserer Gemeinde beschäftigen und dürfen hier zunächst auch ohne Denkverbote und mit kühnen Vorstellungen vorangehen. **Im Zuge Überprüfung der Praxistauglichkeit müssen hier aber Kompromisse gefunden werden, welche die finanziellen Möglichkeiten und den Wunsch nach zeitnahe Umsetzung in Einklang bringen.**

Nun zu den einzelnen Schwerpunkten:

1. Projekte

Unterdorfsanierung

Erfolgreich war aus unserer Sicht der Baubeginn der Unterdorfsanierung. Auch die in Teilen schon sichtbare neue Gestaltung lässt auf die gewünschten positiven Impulse hoffen. Unser Dank gilt hier den an der Umsetzung Beteiligten in der Verwaltung, bei den ausführenden Firmen sowie den Bewohnern im Sanierungsgebiet, welche die Gesamtmaßnahme trotz nicht zu vermeidender Einschränkungen positiv begleiten.

Bedenken haben wir in Bezug auf die zeitliche Umsetzung der Umleitung für den nächsten Bauabschnitt mit der geplanten Ausweichbrücke. Hier wurde aus unserer Sicht zu lange die Vision einer optisch optimalen und dauerhaften Lösung verfolgt und dabei die zeitlichen und planerischen Realitäten aus den Augen verloren.

Wir haben mehrfach betont wie wichtig uns eine kompakte Bauzeit ist, um die Einschränkungen für Handel und Anwohner zumindest zeitlich in Grenzen zu halten. **Ein Abschluss der Gesamtmaßnahme im Jahr 2019 hat deshalb für uns oberste Priorität.**

Leider hat sich im Bereich der alten Krone auch 2018 wieder nichts Sichtbares zum Positiven verändert. Wie lange möchte man den unansehnlichen Status Quo hier erhalten?

Hochwasserschutz

Auch wenn hier hohe Summen im Spiel sind, ist dieses Geld für uns besser in Präventivmaßnahmen angelegt als in der Schadensbeseitigung. Trotz unseres letztjährigen Antrags auf eine Komprimierung der zeitlich gestreckten Maßnahmen, um das Risiko eines Schadenseintritts zu mindern, sehen wir hier keine verstärkten Aktivitäten. **Wir fordern hier nachdrücklich die für 2019 in Klosterreichenbach und Röt geplanten Maßnahmen auch tatsächlich umzusetzen.**

Digitalisierung

Schneller und verlässlicher Internetzugang ist sowohl für Firmen als auch Privatpersonen unverzichtbar, damit der ländliche Raum nicht abgehängt wird. Neben dem Backbonenetz des Landkreises ist hier unsere Kommune gefordert, für die notwendige Infrastruktur in unserer Flächengemeinde zusammen mit Partnern zu sorgen. Die Glaubwürdigkeit bezüglich des Rückhalts bei der großen Politik für den Ausbau auch im ländlichen Raum, hat hier durch die Taktiererei des Innenministerium in Stuttgart in Bezug auf Zuschüsse empfindlichen Schaden erlitten. **Glasfaser muss flächendeckend und nicht nur selektiv über eine finanzielle Unterstützung im ländlichen Raum gefördert werden.**

Das bereits mehrfach von **der CDU Fraktion in den Haushaltsreden geforderte freie WLAN ist 2018 pünktlich an den Start gegangen**, dafür herzlichen Dank. Nachholbedarf sehen wir hier aber in der Vermarktung dieses für unsere Region einmaligen Angebots und beantragen dies im Rahmen der Neuausrichtung des Standortmarketings miteinzubeziehen und besser zu kommunizieren.

Wohnraum

Da es nach wie vor leider kaum Bewegung auf dem privaten Grundstücksmarkt gibt, ist auch hier unsere Kommune gefordert, nach Möglichkeiten zum Ausweisen von Baumöglichkeiten zu suchen. Nur mit Wohnraum für junge Familien wird es uns möglich sein, die Infrastruktur der Gesamtgemeinde zu erhalten.

Wir beantragen dem Gemeinderat 2019 konkreten Entscheidungsvorlagen auf die Tagesordnung zu setzen, mit denen sich der Engpass im Mutterort (u.a. Höfer Rain) und den Teilorten durch die Ausweisung von Baumöglichkeiten lindern lässt.

Gartenschau 2025

Das gemeinsam mit Freudenstadt in Angriff genommene Projekt bedeutet die Chance zu einer dauerhaften Aufwertung des Forbachtals mit Christophstal, Friedrichstal bis hin zu den Schelklewiesen. Gemeinsames Handeln kann hier ein Gewinn für beide Kommunen sein.

Die Vision einer vielseitig nutzbaren und barrierefreien Umlauf-Gondelbahn wäre sicherlich das Optimum, um den Stöckerkopf dauerhaft entsprechend aufzuwerten.

Aber auch eine kleinere Lösung auf der bestehenden Trasse darf nicht aus den Augen verloren werden, um keinen jahrelangen Stillstand am Baiersbronner Hausberg zu verursachen. Wir beantragen deshalb parallel in enger Abstimmung mit dem Gemeinderat an beiden Varianten weiter zu arbeiten und eine davon zeitnah umzusetzen.

Verkehr

Hier gilt es seitens Verwaltung und Gemeinderat gemeinsam Druck zu machen, damit neben der für 2020 zugesagten dringenden Sanierungsmaßnahmen der Bundesstraße im Bereich Friedrichstal **auch die Landesstraße Baiersbronn – Mitteltal-Obertal durchgängig wieder in einen ordentlichen Zustand versetzt wird.**

Auch neue Bauvorhaben müssen umgesetzt werden. Dies gilt für die Brücke im Bereich Schindele ebenso wie für den geplanten Kreisverkehr am Baiersbronner Bahnhof. Wichtig für die innerörtliche Entwicklung ist auch eine neue Anbindung des Sankenbachtals.

Gemäß Presseveröffentlichungen hat die Stadt Herrenberg ein Pilotprojekt gestartet, um über Sensoren den Winterdienst effektiver zu gestalten. Über deren Erfahrungen beantragen wir eine Information noch vor der Sommerpause. Grundsätzlich sehen wir hier für unsere Flächengemeinde Potential bedarfsgerechter und schneller zu reagieren.

Den Freudenstädter Tunnelarm in Richtung Murgtal sehen wir kritisch. Die über die B 294 bereits existierende Nordumgehung der Kernstadt Freudenstadt wäre der richtige Weg um gemeinsam mit einer optimierten L 350 bei Schönegründ mit weniger Aufwand eine maximale Entlastung auch für Christophstal und Teile unserer Gemeinde zu schaffen. Wir beantragen dies bei der Stellungnahme der Gemeinde im Rahmen der weiteren Planung deutlich zu machen.

Auch beantragen wir erneut die L 409 in Klosterreichenbach beidseitig für den Schwerverkehr zu sperren so wie dies in Richtung Musbach bereits der Fall ist.

Jugendforum

Die dort erarbeiteten Ergebnisse sollten auch einen Weg in die Umsetzung finden.

Wir freuen uns, dass auch 2019 wieder ein großes und attraktives Open Air stattfinden kann und hoffen auf eine sehr gute Resonanz.

Zur Sommernutzung der Eislaufhalle nach deren Renovierung vermissen wir bisher konkrete Vorschläge. Ist die bereits diskutierte Boulderwand dazu geeignet, um ein junges Publikum über die Sommermonate anzusprechen oder gibt es hier bessere Alternativen? Wir beantragen dieses Thema noch vor Ende der Eislaufsaison 18/19 im Gemeinderat zu diskutieren.

Nachholbedarf sehen wir auch in der Vermarktung dieses für unsere Region einmaligen Angebots einer modernen Eislaufhalle und beantragen auch dies im Rahmen der Neuausrichtung des Standortmarketings miteinzubeziehen und die Gemeindewerke hier in der Kommunikation zu unterstützen.

Optimierung der Projektumsetzung

Aktive Kommunen wie unsere glänzen durch eine Vielzahl von Projekten. Dazu benötigen sie jedoch auch die Unterstützung von anderen Behörden wie dem Landratsamt. Wir beantragen die Einladung des Landrats, um mit ihm zu diskutieren, wie seine Behörde als Dienstleister für die Kommunen des Landkreises die beschleunigte Umsetzung deren Vorhaben aktiv unterstützen wird. Aktuellen Handlungsbedarf sehen wir hier im Bereich des Hochwasserschutzes, der Ortskernsanierung sowie der Verkehrslenkung. **Auch die rückläufige Präsenz des Winterdienstes auf den vom Straßenbauamt verantworteten Bundes- und Landesstraßen muss thematisiert werden.** Genauso wie die Pflege der dortigen Straßenränder.

Eine weitere Optimierungsmöglichkeit im Bereich der Projektabwicklung sehen wir in der Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Büros in Bezug auf Planungen, damit bei kapazitiven und fachlichen Lücken einzelner Anbieter hier Alternativen bereit stehen. **Planungskosten machen einen nicht unerheblichen Betrag der Baukosten aus und auch hier sollten beim Leistungsanspruch keine Abstriche gemacht werden.**

2. Bildung und Ehrenamt

Wir bedanken uns an dieser Stelle bei den örtlichen Vereinen, Kirchen, Gruppen und Privatinitiativen für die vielfältige ehrenamtliche Unterstützung und sind froh, dass es auch im Jahr 2019 keine Abstriche bei der Vereinsförderung geben wird.

Sehr viel Geld fließt weiterhin in die Bereiche Schulen und Kindergärten. Durch neue Angebote und tarifliche Steigerungen sind hier die Kosten in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Hierbei handelt es sich um Pflichtaufgaben und ohne Zweifel um eine Investition in die Zukunft. **Diversifizierung und Attraktivitätssteigerung sind für uns hier Möglichkeiten bestehende Einrichtungen zu erhalten, damit für die Teilorte auch weiterhin gilt „kurze Beine, kurze Wege“.**

Ein bedarfsgerechter Ausbau und Qualität stehen bei uns hier vor kostenlosen Angeboten. Wer diese fordert, soll auch sagen wo die dazu benötigten Mittel ganz konkret gestrichen werden sollen. Bei einer Schuldenfinanzierung müssten die Kinder dies selber einmal bezahlen. Dies lehnen wir ab.

Erfreulich für uns war auch zu erfahren, dass in Baiersbronn kein Kind den Kindergarten aus finanziellen Gründen nicht besucht. Zu der oft geforderten sozialen Chancengleichheit leistet unsere Gemeinde dadurch einen starken Beitrag.

3. Verwaltungsbereich

Wichtige Punkte für mehr Transparenz und um die Einhaltung der Haushaltsansätze unterjährig sicherzustellen, haben wir in den letzten Jahren durch die Anträge der CDU Fraktion gemeinsam mit der Kämmerei erreicht.

Um den Erfolg der Haushalts noch besser zu beurteilen und die bereits oben erwähnte Priorisierung zu stärken, beantragen wir, dass im Rahmen der Haushaltsberatungen bereits jeweils die Top 5 Themen für die Haushalte der Verwaltung, der Baiersbronn Touristik und der Gemeindewerke zwischen Verwaltung und Gremium vereinbart werden. Zeitliche Verzögerungen bei diesen müssen umgehend im Ausschuss thematisiert werden. Es muss sichergestellt werden, dass die im Haushalt enthaltenen Themen im Planjahr umgesetzt werden. **Erfolgreich ist ein Haushalt nur dann, wenn die beantragten Mittel auch die Umsetzung aller Maßnahmen erlaubt haben.**

Für die Sanierung der Eislaufhalle beantragen wir einen Statusbericht zur Abrechnung in der Märzrunde der Gremien.

Wir freuen uns, dass unser letztjähriger Antrag zur Umstellung auf digitale Sitzungsunterlagen ab der Kommunalwahl 2019 von der Verwaltung aufgenommen wurde und sich in der Umsetzung befindet. Wir beantragen in diesem Zusammenhang auch verwaltungsintern Prozesse zu optimieren und den digitalen Weg konsequent und ohne „Schattenwelt“ in Papierform einzuschlagen.

Die Sitzungsvorlagen sollten den Gremiumsmitgliedern sachliche und finanzielle Transparenz vermitteln. **Wir beantragen bei Ersatzinvestitionen auch die bisherigen Kosten, Instandhaltungen und Einsatzstunden der beantragten Anlagen aufzuführen.** Ebenso sind routinemäßig Alternativen durch Anmietung oder Fremdvergabe zu prüfen und darzustellen, damit der bestmögliche Weg für die Gemeinde abgewogen werden kann. Innovative Lösungen müssen nicht das Festhalten am aktuellen Status bedeuten. Wir werden hier zukünftig bei entsprechenden Lücken Anträge auf Vertagung stellen.

Den Gestaltungsbeirat sehen wir nach wie vor kritisch in Bezug auf die Verlangsamung von Prozessen und zu hoher Bindung von Kapazität seitens der Verwaltung. Wir akzeptieren hier aber die mehrheitliche Entscheidung des Gemeinderates. **Was wir nicht akzeptieren ist, dass dem Gestaltungsbeirat ein Vorrang vor den demokratisch durch die Bevölkerung gewählten Gremien eingeräumt wird.** Wir beantragen deshalb, dass die vorberatenden Gremien (Ausschuss, Ortschaftsrat, Bezirksbeirat) zeitlich vor dem Gestaltungsbeirat über geplante Vorhaben informiert werden.

4. Baiersbronn Touristik

Für die Baiersbronn Touristik geht es darum, exzellente Rahmenbedingungen für die touristisch aktiven Unternehmer zu schaffen.

Beispielhaft dazu sei die Mountainbikekonzeption im Jahr 2017 erwähnt, welche hervorragend in den Wanderhimmel passt und neue Zielgruppen anspricht. **Die Weiterentwicklung durch ein umfangreiches Tourenprogramm 2018 ist hier geglückt und wird mit einer eBike Konzeption 2019 weiter ausgebaut.**

Wir hatten bereits vor einem Jahr gemäß dem Motto „nichts ist so alt wie die Zeitung von gestern“ auf bereits abgelaufene Veranstaltungshinweise im Zentrum des Mutterortes hingewiesen und beantragt dem Gremium hier eine Vorgehensweise vorzuschlagen. Leider hat 1 Jahr nicht ausgereicht dies verwaltschaftsseitig auszuarbeiten. Wir wundern uns und stellen den Antrag erneut.

Der Einbau neuer Fenster in die Schwarzwaldhalle entspricht unseren Vorstellungen zur kontinuierlichen Modernisierung gemeindeeigniger Gebäude und dient gleichzeitig der Steigerung der Energieeffizienz.

Auch die angedachte Weiterentwicklung von Murgels Spielhaus für etwas höhere Altersklassen findet unsere Zustimmung. Gerade bei dieser Einrichtung konnte erfreulicherweise in den vergangenen Jahren ein deutlicher Nutzungsanstieg durch einheimische Kinder festgestellt werden. Dadurch trägt auch sie zur Steigerung der Lebensqualität in unserer Gemeinde bei.

Der stark wachsende Markt der Reisemobile / Wohnmobile muss stärker bearbeitet werden. Nachdem hier bereits mehrere Anläufe genommen wurden, muss hier 2019 endlich etwas Greifbares entstehen.

Der Eröffnung des Nationalparkzentrums ohne schlüssiges Verkehrskonzept sehen wir mit Sorge entgegen. Hier wird ein Magnet im Stile eines Öko-Europaparkes geschaffen, der den Anliegerkommunen zwar Verkehr aber keine angemessene Wertschöpfung bringt.

Für die Großveranstaltung Baiersbronn Classic beantragen wir zu überprüfen, wie hier die Gesamtgemeinde und der Handel noch mehr profitieren können. Ein eng getaktetes Programm lässt hier wenig Zeit weitere Baiersbronner Highlights eigenverantwortlich zu entdecken.

Der Abmangel der Baiersbronn Touristik im Planansatz für 2019 beträgt -1.850.000 Euro und bewegt sich auf dem Planansatz von 2018.

Sicherlich werden im Haushalt nicht nur originäre Aufgaben des Tourismus abgebildet, jedoch trägt durch die Verlustabdeckung der allgemeine Haushalt bereits 37 % der Kosten bzw. jeder Einwohner 125 Euro.

5. Innere Sicherheit

Wir sind nach wie vor der Meinung, dass die Arbeit des Gemeindevollzugsbeamten durch zeitweise Unterstützung ausgeweitet werden sollte, damit auch Kontrollen durchgeführt werden können, welche nur zu zweit machbar sind. **Es darf nicht sein, dass nur der Verkehrsbereich überwacht wird und andere Ordnungswidrigkeiten ungeahndet bleiben.**

Über Handlungsbedarf müssen wir im Rahmen der in diesem Jahr turnusmäßig stattfindenden Berichterstattung von Polizei und Ordnungsamt diskutieren.

6. Land- und Forstwirtschaft

Unserer einheimischen Landwirtschaft werden wir auch weiterhin den Rücken stärken und sie bei den Bemühungen zur Existenzsicherung und zur Erhaltung der Kulturlandschaft unterstützen.

Die Bevölkerung ist wieder verstärkt für das Thema Offenhaltung der Landschaft zu sensibilisieren. **Wir beantragen diesbezüglich darzustellen wie mit Anreizen die „Entbuschung“ gefördert werden kann und gleichzeitig durch eine verstärkte Kontrolle des Abmärens/Mulchens eine Erhaltung des Landschaftsbildes gesichert werden kann.** Auch bitten wir im Rahmen dieses Antrages zu prüfen, ob Ausgleichsmaßnahmen bei Bebauungsthemen auch Aktivitäten im Rahmen der Mindestflurkartierung sein können und nicht immer in der Pflanzung neuer Bäume enden.

In Bezug auf den Schutz vor Wolfsangriffen fordern wir die verantwortlichen Stellen auf, den Beweidern finanzielle Mittel für den Schutz vor Wölfen bereitzustellen und auch deren zeitlichen Mehraufwand zu vergüten.

Der Teilhaushalt des Gemeindewaldes wurde bereits beraten und deshalb gehen wir an dieser Stelle nicht mehr detailliert auf die Zahlen ein.

Wir haben hier mit der Entscheidung für einen eigenen Gemeindeforstbetrieb eine zukunftsfähige Organisationsform auf den Weg gebracht und wünschen trotz aktuell schwieriger Randbedingungen einen erfolgreichen Start.

Die zunehmenden Wildschäden wurden bereits beim letzten Waldbegang thematisiert. Um Gegenmaßnahmen ergreifen zu können beantragen wir hier ein transparentes Monitoringverfahren durch ein neutrales Büro, welches auch dem Gemeinderat über die Ergebnisse berichtet sowie eine Vorlage der Abschusszahlen an den Gemeinderat.

7. Energie

Die Entwicklung der Gemeindewerke ist insbesondere unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben auf der einen Seite und des Wettbewerbsdrucks auf der anderen Seite außerordentlich erfreulich.

Auch beim Thema regenerative Energien gilt es für uns Flagge zu zeigen. **Jede Region sollte einen für sich passenden regenerativen Energiemix wählen dürfen.** Biomasse und Wasserkraft liegen für uns hier viel näher als Windkraft.

Die Kritik an der Erfolgsbilanz der Gemeindewerke im Bereich der regenerativen Energien durch einzelne Gremiumsmitglieder hat uns und auch die Bevölkerung sehr irritiert. Alle regenerativen Energien unterliegen den Schwankungen der Natur und den noch sehr begrenzten Möglichkeiten zur Speicherung. Wenn die SPD Fraktion zu dieser Erkenntnis den Supersommer 2018 benötigt hat, sind wir schon gespannt auf deren Erkenntnis zum regenreichen Dezember 2018.

Durch den neuen Bereich Nahwärmeversorgung stehen im Mutterort und Klosterreichenbach neue Herausforderungen für die Gemeindewerke an, die unsere volle Unterstützung finden. Da der Haushalt der Gemeindewerke erst heute eingebracht werden konnte, werden wir uns zu den Details der Zahlen erst in der nächsten Sitzung äußern.

8. Öffentlicher Nahverkehr

Bereits seit der Haushaltsrede 2014 warnen wir vor negativen Auswirkungen durch die Neuausschreibung der Murgtalbahn durch den Landesverkehrsminister. Einmalig dürfte sein, wie hier ein grüner Verkehrsminister ein erfolgreiches Nahverkehrsangebot zerstört und dadurch unsere Gemeinde abhängt.

Wichtig ist, dass die geplanten Regiobusse im Rahmen der Verkehrskonzeption des Nationalparks auch Baiersbronn ansteuern. Unklar ist aus unserer Sicht hier wer in welchem Umfang zur Kasse gebeten wird und was die Gemeinde finanziell dafür stemmen muss.

9. Gemeinsam leben in Baiersbronn

Der CDU-Fraktion war und ist es wichtig, dass Baiersbronn seine Stärke aus der Vielfalt der Teilorte bezieht. Daneben profitiert unsere Gesamtgemeinde von einem starken Mutterort. Ein verantwortungsvoller Einsatz der Mittel im Gesamtgebiet unserer Flächengemeinde hat diese ausgeglichene und erfolgreiche Entwicklung ermöglicht und wir sind uns sicher, auch mit dem Haushaltsplan 2019 daran anzuknüpfen.

Am Ende der Haushaltsrede bedanken wir uns bei allen, die bei der Aufstellung des Haushaltsplanes mitgewirkt haben, vor allem bei der Kämmerei mit den Herren Veit und Roller sowie beim Bürgermeister Michael Ruf, Bauamtsleiter Thomas Kuntosch und dem Tourismusdirektor Patrick Schreib. Diese Herren haben uns gemeinsam in kleiner Runde die Details erläutert und damit die notwendige Transparenz geschaffen.

Wir freuen uns auch 2019 wieder auf neue Impulse und lebendige Diskussionen mit der Verwaltung und den anderen Fraktionen, damit wir unsere Heimatgemeinde gemeinsam weiterentwickeln können.

Die CDU Gemeinderatsfraktion stimmt dem Haushalt 2019 der Gemeinde zu - der Haushalt der Baiersbronn Touristik findet unsere mehrheitliche Unterstützung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Für die Fraktion der **Freien Wähler** trägt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Ernst Schleh, Folgendes vor:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,
sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Kämmerer Veit hatte bei der Vorstellung des Haushaltplans 2019 in unserer Haushaltsberatung ein strahlendes Gesicht und leuchtende Augen. Kein Wunder, eine gute konjunkturelle Ausgangslage ergibt eine herausragende Ertragssituation mit einem ordentlichen geplanten Ergebnis von 1.3 Mio. € im Gesamtergebnishaushalt 2019. Betrachtet man das Jahr 2018, so hatten wir einen Fehlbetrag i.H.v 874 T € zu verzeichnen. Die Prognosen für das Jahr 2019 stimmen uns Freie Wähler freudig.

In den Vorjahren hat es sich bereits abgezeichnet, dass allein mit den laufenden Einnahmen unsere ehrgeizigen Projekte nicht zu finanzieren sind. Die für 2019 vorgesehenen Gesamtinvestitionen im Umfang von rd. 6,3 Mio. Euro liegen rund 40 % höher als im Jahr zuvor. Die größten Anteile werden sein: Unterdorfsanierung 2 Mio. €, Hochwasserschutz 851 T €, Sanierung Kammereigebäude 510 T€ und Ortsanbindung Friedrichstal 430 T €. Dabei handelt es sich jeweils nur um Teilbeträge der Gesamtkosten; in der mittelfristigen Finanzplanung sind erheblich höhere Aufwendungen noch abzudecken.

Die Investitionen 2019 können noch vollständig aus den angesparten Mitteln der Vorjahre, aus Zuweisungen und dem Überschuss aus 2019 finanziert werden. Die anstehenden Großmaßnahmen erfordern jedoch ab 2020 bis 2022 voraussichtlich eine Neuverschuldung von geplanten rd. 7.8 Mio. Euro.

Ansatzweise wurde in den Vorberatungen bereits deutlich, was es bedeuten kann, wenn die Folgekosten von verschiedenen Projekten in der Folgezeit ausgeglichen werden müssen. Dabei sprechen wir nicht von den kommenden Generationen, sondern von einem Zeitraum der unsere aktuellen Entscheidungen betrifft. Trotz vermeintlich aktuell guter Zahlen, ist der Gemeinderat und die Verwaltung gut beraten, dies bei künftigen Investitionen zu berücksichtigen.

Zu verschiedenen Projekten, die sowohl Investitionen wie laufende Ausgaben betreffen, möchte ich einige Ausführungen machen.

Die Hochwassersituation Anfang und Ende 2018 haben uns klar aufgezeigt, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht. Von der Gemeinde Baiersbronn wurden Gewässerentwicklungspläne, Hochwasserschutzmaßnahmen usw. entwickelt um die Voraussetzungen für eine Bezuschussung zu schaffen. Fachbehörden wie auch übergeordnete Behörden fordern jedoch immer wieder weitere Nachweise und Planungen. Für unsere Fraktion, wie auch für unsere Mitbürger ist es nicht nachzuvollziehen, dass es von diesen Ämtern verhindert wird, dringende Maßnahmen umzusetzen und weitere erhebliche Schäden in Kauf genommen werden. Zwar kann durch die Beschaffung der Hydrobuffels mancher Schaden abgewendet werden, die weiteren Maßnahmen sind dadurch jedoch nicht entbehrlich.

Dabei sollten die Maßnahmen an den Gewässerrandbereichen dazu genutzt werden, die Bachläufe offen zu halten. Zwingender Handlungsbedarf besteht auch außerhalb der Gewässerrandstreifen. Dem Zuwachsen bisher offener Flächen muss Einhalt geboten werden. Hier beantragen wir Maßnahmen zur dauerhaften Offenhaltung der Landschaft.

Glücklich sind wir über die Umsetzung der Unterdorfsanierung speziell im Bereich Freudenstädter Straße Bauabschnitt 1. Die Bauarbeiten schreiten zügig voran und das mit weitaus weniger Verkehrsproblemen,

als erwartet. Sowohl die Anlieger, aber auch die Autofahrer, erweisen sich als sehr geduldig und verständnisvoll. Wir freuen uns, wenn der 2. Bauabschnitt ebenso planmäßig und reibungslos vonstatten geht. Die Entscheidung Behelfsbrücke, Ampellösung oder Umleitung über Nebenstraßen, stellt die Verwaltung noch vor eine knifflige Aufgabe. Wir sind überzeugt, dass unser Bauamtsleiter Kuntosch die beste Lösung präsentieren wird.

In Zusammenhang mit der Freudenstädter Straße und der Problematik am Bahnübergang, hoffen wir, dass auch die Umsetzung des Kreisels am Bahnhof zeitnah erfolgen kann. Ziel sollte sein, dass der Kreisel bis 2025 zum Beginn der Gartenschau umgesetzt ist. Die Gartenschau 2025 sehen wir als große Chance. Allein diese zwei Projekte werden für die Gemeinde finanziell und personell eine große Herausforderung sein.

Unsere 160 Brücken in der Gesamtgemeinde werden uns in den kommenden Jahren ebenfalls planerisch und finanziell noch viele Sorgen bereiten. Schwierig wird die Erwägung sein, auf welche Brücken gegebenenfalls aus wirtschaftlichen Gründen oder zwecks mangelnder Notwendigkeit verzichtet werden kann.

Den Umbau der Eishalle sehen wir als sehr gelungen an. Das Alleinstellungsmerkmal Eislaufhalle über die Kreisgrenzen hinaus und die gute Nutzung, bestätigen die Richtigkeit unserer Entscheidung zur umfassenden Sanierung. Einziger Wermutstropfen ist die nicht vertretbare Kostensteigerung von rd. 500 T €. Dies sollte bei künftigen Bauvorhaben im Vorfeld durch eine bessere Planung vermieden werden.

Die bereits bisher hohen Investitionen in unsere Schulen waren notwendig und richtig. Die Schüler fühlen sich in den sanierten Gebäuden wohl. Mit den weiteren Schwerpunkten Werkrealschule-Mensa, Realschule-Schulküchen und Grundschule Klosterreichenbach mit einer Investitionssumme 2019 von knapp 1 Mio. €, werden wir auch zukünftig weitere Gelder in die Schulentwicklung investieren. Dank einer positiven Bevölkerungsentwicklung ist uns bewusst, dass mittelfristig auch erhebliche Mittel in die Kinderbetreuung gesteckt werden müssen.

Wir sehen weiter einen dringenden Bedarf an Gewerbeflächen für Industrie und Handwerk. Unser Ziel muss sein, hier bestehenden Betrieben Erweiterungsmöglichkeiten zu bieten und neuen Betrieben Möglichkeiten zu geben, sich niederzulassen. Hier beantragen wir entsprechende Konzepte zu erarbeiten. In den Bemühungen attraktive Bauplätze für junge Familien auszuweisen dürfen wir nicht nachlassen. Viele weitere Punkte im Gemeindehaushalt bleiben heute von uns unerwähnt. Dies bedeutet jedoch in keiner Weise, dass uns diese Themen nicht interessieren. In einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Verwaltung, werden dabei die bestmöglichen Lösungen angestrebt.

Unsere gute gemeindliche Infrastruktur kann jedoch nur durch unsere Bürgerinnen und Bürger mit Leben erfüllt werden. Einen wesentlichen Beitrag dazu leisten unsere Vereine, Feuerwehren, Rotes Kreuz, Bergwacht und die kirchlichen und sozialen Organisationen.

Wirtschaftsplan Baiersbronn Touristik

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Baiersbronn Touristik weist im Erfolgsplan einen Verlust mit rd. 1,85 Mio. € aus, der aus dem Kämmereihaushalt abgedeckt wird. Im Vermögensplan sind Investitionen für Baumaßnahmen und Erwerbe von rd. 1,1 Mio. € vorgesehen.

Den Verlust nehmen wir wie immer mit einem weinenden Auge in Kauf. Der hohe Stellenwert des Tourismus für unseren Ort ist unumstritten, nicht nur für die Gastronomie, sondern auch für Gewerbe, Handwerk und Einzelhandel. Die Ausgaben- und Aufgabenbereiche die dem Eigenbetrieb Touristik zugeordnet werden, sind nicht immer klar abzugrenzen. Viele Investitionen im Bereich Tourismus kommen auch jedem einzelnen Bürger zugute. Beispielsweise sind dies Veranstaltungen, Kinderferienprogramm, Open-Air-Konzerte oder die Infrastruktur Wanderwege und Mountainbikestrecken oder das öffentliche WLAN-Netz.

Mit der Schließung der Sesselbahn fällt eine wichtige touristische Attraktion für die Gemeinde Baiersbronn weg; dies bedauern wir sehr. Schwarzwald Plus hat gezeigt wie wichtig die Sesselbahn für unseren Tourismus ist. Sie fehlt nicht nur unseren Gästen, sondern auch uns Einheimischen. Dass eine Sesselbahn Baujahr 1966 einmal ersetzt werden muss, ist allen klar. Das Ziel sollte sein, diesbezüglich ein neues Projekt auf den Weg zu bringen. Wir beantragen die Konzeptstudie weiter zu betreiben und nach möglichen Investoren Ausschau zu halten.

Auf Nachhaltigkeit legen wir als Holzbaukulturgemeinde größten Wert. Dazu passt jedoch nicht, dass bei vielen Veranstaltungen und Festen immer noch größtenteils mit Wegwerfgeschirr gearbeitet wird. Es stände uns gut an, wenn wir mit gutem Beispiel vorangehen würden. Wir beauftragen die Verwaltung zu prüfen, inwieweit die Beschaffung eines Geschirrmobils möglich ist und mit welchen Kosten zu rechnen wäre.

Bei allem Verständnis für den Verlust der Baiersbronn Touristik, müssen die Ausgaben der Baiersbronn Touristik weiterhin im Einzelnen betrachtet und geprüft werden, mit dem Bestreben, die Verluste zu minimieren.

Zusammenfassung

Bereits die Aufstellung der Planentwürfe stellt eine Herkules-Aufgabe dar. Die Umsetzung der vielfältigen Planungen und Maßnahmen, vor allem im Bereich der Baumaßnahmen, erfordert im Jahr 2019 ein überdurchschnittliches Engagement und eine perfekte Koordination von allen Beteiligten. Die Mitarbeiter der Gemeinde Baiersbronn und ihrer Eigenbetriebe sind hier besonders gefordert. Wünschenswert wäre, wenn die angespannte personelle Situation nicht noch unnötigerweise dadurch verschärft wird, dass Fachbehörden überzogene Nachweise und Planungen einfordern. Angeblich ist der Bürokratieabbau von der Politik gewollt, die aktuellen Vorgänge sprechen eine andere Sprache.

Bewusst wird von uns darauf verzichtet, eine Vielzahl von einzelnen Ansätzen in Frage zu stellen oder weitere Haushaltsanträge zu stellen, um so ein nachhaltiges Arbeiten zu ermöglichen.

Unverändert bleibt weiterhin Voraussetzung, dass auch in Zukunft der Gemeinderat und die übrigen Orts-gremien vertrauensvoll mit der Verwaltung zusammenarbeiten. Dabei sollten unterschiedliche Auffassungen der Fraktionen nicht davon abhalten, gemeinsam zum Wohle unserer Gemeinde und im Sinne unserer Bürger zu handeln.

Die Fraktion der Freien Wähler dankt der Gemeindeverwaltung und hier besonders Bürgermeister Michael Ruf und seinen Amtsleitern, im speziellen Jochen Veit und Tobias Roller von der Kämmerei, Bauamtsleiter Thomas Kuntosch, Tourismusdirektor Patrick Schreib, für die stets angenehme Zusammenarbeit, ebenso Danke an alle Beschäftigten der Gemeinde Baiersbronn, die das ganze Jahr über das Rad am Laufen halten und ihr Bestes geben.

Die Fraktion der Freien Wähler stimmt dem Haushaltsplan 2019, der mittelfristigen Finanzplanung und dem Wirtschaftsplan der Baiersbronn Touristik zu.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Für die **SPD-Fraktion** trägt Gemeinderat Gerhard Gaiser folgendes vor:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Ruf,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,
sehr verehrte Damen und Herren,

für die Mitglieder der SPD-Gemeinderatsfraktion ist die kommunalpolitische Arbeit eines der wichtigsten Beteiligungsfelder, denn die Kommune ist der Ort, an dem die Menschen die Folgen politischer Entscheidungen direkt und unmittelbar zu spüren bekommen.

Zu Beginn des Jahres 2019 können wir feststellen, der Gemeinde Baiersbronn geht es gut. Bei aller Kritik präsentiert sich unsere Gemeinde zu Beginn dieses Jahres dynamisch und entwickelt sich mit einer Geschwindigkeit, die andere Kommunen so nicht kennen.

Wir stehen allerdings vor großen Herausforderungen. Sei es die Erschließung unserer Gemeinde durch ein schnelles Glasfasernetz, die Verbesserung der Straßen- und Verkehrssituation in Baiersbronn oder Investitionen in unsere Schul- und Kindergarteneinrichtungen aber auch in eine eigene zukunftsorientierte Energieversorgung mit dem Aufbau eigener Nahwärmenetze.

Der Spagat den wir dazu benötigen besteht in der Kunst einer Flächengemeinde, für die ältere Generation interessant und für die junge Generation sexy zu sein.

Wir dürfen uns auf den Erfolgen der Vergangenheit aber nicht ausruhen und uns selbst gedanklich auf das beschränken was wir erreicht haben und was sein wird. Das gilt insbesondere für den Bereich Tourismus. Vielmehr sollten wir uns dieser Erfolge bewusst sein, um aus ihnen neue Visionen zu entwickeln. Wir müssen weiter mutig voran gehen und das Erreichte als Maßstab und Ansporn nehmen, sehr Gutes noch besser zu machen.

Was unsere Fraktion aber mit Sorge erfüllt ist die Vernachlässigung der Gemeinden des Landes durch die grün-schwarze Landesregierung.

Trotz sprudelnder Steuereinnahmen und steigender Bundeszuweisungen werden die Mittel für die Kommunen weiter gekürzt.

Ein wichtiger Eckpfeiler der kommunalpolitischen Arbeit der SPD-Gemeinderatsfraktion ist die Förderung und Unterstützung von Familien und Alleinerziehenden und ihrer Kinder. So war es für unsere Fraktion besonders schmerzlich und ärgerlich, dass die Mehrheitsfraktionen von CDU und FWV im Gemeinderat mit Unterstützung von Teilen der BUB-Fraktion im letzten Jahr dem SPD-Antrag zur Einführung eines beitragsfreien letzten Kindergartenjahres nicht zugestimmt und abgelehnt haben. Die SPD-Gemeinderatsfraktion wird versuchen, diese Entscheidung zu korrigieren und unterstützt deshalb die Forderung nach Zulassung eines Volksbegehrens für gebührenfreie Kitas und Kindergärten in Baden-Württemberg. Es sind vor allem einkommensschwache Familien die trotz sozialer Staffelung von Kita-Gebühren überdurchschnittlich hoch belastet werden. Durch die Abschaffung dieser Gebühren werden Familien auch bei uns effektiv entlastet.

Die Grundlage für eine erfolgreiche Bildungsbiographie wird bereits im Kindesalter gelegt. Daher sollte jedes Kind, nach unserer Auffassung, von Beginn an die bestmögliche Förderung erhalten, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

Um ein familienfreundliches Baiersbronn zu schaffen ist es Ziel der SPD den Kindern und Jugendlichen in der Gesamtgemeinde, von der Krippe bis zur Ausbildung, die bestmögliche Unterstützung und Bildung zukommen zu lassen. Bildung ist der Schlüssel für eine gerechte Zukunft. Gute Bildung ist die Voraussetzung für Chancengleichheit und Teilhabe in unserer Gesellschaft. Bildung ist eine Investition in die Zukunft.

Mit dem weiteren Ausbau von Ganztagschulen sind wir auch in Baiersbronn auf dem richtigen Weg. Diese leisten mit ihren Angeboten nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern ermöglichen es den Schülerinnen und Schülern eine bessere individuelle Förderung anzubieten, vielseitige Lernchancen zu eröffnen und die Lernerfolge zu steigern.

Mit den Investitionen in die schulische Einrichtungen und der energetischen Sanierungen unserer Schulgebäude sind wir auf dem richtigen Weg. Diese Maßnahmen waren überfällig, sind zukunftsorientiert und werden von uns uneingeschränkt unterstützt.

Sie bedeuten ein deutliches Zeichen der Attraktivitätssteigerung unseres Schulstandorts und unseres Bildungsangebots und müssen kontinuierlich ausgebaut werden. Dazu gehört aber auch unsere Bildungseinrichtungen schnellstmöglich fit zu machen für eine digitale Zukunft. Die Bildungsqualität, und dazu gehört eben auch die digitale Ausstattung sowie eine zeitgemäße Pädagogik dürfen nicht vom Wohnort abhängig sein. Unsere Fraktion wird ein besonderes Augenmerk darauf werfen, dass unser ländliche Raum dabei nicht benachteiligt und vernachlässigt wird.

Gleiches gilt für den flächendeckenden Ausbau eines schnellen Glasfasernetzes in der Gesamtgemeinde Baiersbronn. Unverständlich sind hierbei Äußerungen des CDU-Innenministers Strobel zu werten, diesem Ausbau eine finanzielle Unterstützung - entgegen früheren Aussagen - durch das Land zu versagen. Hierdurch wird der ländliche Bereich durch diese grün-schwarze Landesregierung weiter benachteiligt. Viele kleine und mittlere Unternehmen und auch unsere Bevölkerung sind dringend auf diese zukunftsweisende Technologie angewiesen. Die SPD-Fraktion fordert die Verwaltung auf alle Möglichkeiten auszuschöpfen um die Bezuschussung eines schnellen Glasfasernetzes für die Gesamtgemeinde zu ermöglichen. Hierbei sollte auch rechtliche Unterstützung angestrebt werden.

Eine weitere Zukunftsaufgabe auch für unsere Gemeinde stellt der kommunale Klimaschutz dar. Längst wird Klimaschutz nicht mehr nur als Herausforderung sondern auch als Chance begriffen. Kommunen, die beim Klimaschutz durchdacht und konsequent vorgehen, können dauerhaft Energiekosten senken, den Finanzhaushalt entlasten, wertvolle Beiträge zur regionalen Wertschöpfung leisten und die Lebensqualität ihrer Bürger erhöhen. Die kommunalen Handlungsmöglichkeiten sind dabei vielfältig. Dazu beantragt die SPD-Fraktion die Erstellung eines kommunalen Klimaschutzkonzepts für die Gemeinde Baiersbronn. Des Weiteren beantragt die SPD-Fraktion ein Gutachten zur Neustrukturierung der Gemeindewerke mit dem Ziel technischer und personeller Effektivitätssteigerungen und steigender Wertschöpfungsmöglichkeiten. Dabei sollen auch weitere konzeptionelle Möglichkeiten zur Realisierung kommunaler Nahwärmenetze aufgezeigt werden. Auch bitten wir um Untersuchungen wie ein erfolgreicher Energiemix aus den verschiedensten Energieträgern durch die Gemeindewerke wirtschaftlich umgesetzt werden kann. Als Sofortmaßnahme fordert die SPD die Überprüfung von Gemeindegebäuden- und Grundstücken für die Installation von Photovoltaik- oder Beteiligungsanlagen. Zusätzlich beantragt die SPD-Fraktion eine Exkursion des Gemeinderats zu besonders innovativen und fortschrittlichen Stadtwerken wie z.B. in Schwäbisch Hall und Tübingen.

Auch vor unseren Schienen und Straßen darf die Entwicklung nicht Halt machen. Was wir brauchen ist ein modernes und zeitgerechtes Schienennetz mit attraktivem Wagenmaterial, interessanten Verbindungen, Fahrzeiten und Tarifen die den Anforderungen der Bevölkerung, des Tourismus sowie unserer Umwelt und Wirtschaft gerecht werden. Dabei fordern wir die Verwaltung auf alles zu unternehmen um die Zugverbindungen und Taktungen im bisherigen Umfang auch in Zukunft beizubehalten und wo möglich zu verbessern. Die SPD-Fraktion wehrt sich entschieden gegen Pläne zur Reduzierung des Schienenangebots auf der Murgtalstrecke und bietet der Verwaltung ihre Unterstützung zur Erhaltung und Verbesserung des Schienenangebots an.

Auch die Verkehrsinfrastruktur in unserer Gemeinde ist nicht mehr zeitgemäß und bedarf einer dringenden Überarbeitung. Insbesondere unsere Landesstraßen befinden sich in einem desolaten Zustand und eine Verbesserung ist nicht in Sicht. Die SPD-Gemeinderatsfraktion fordert die Landesregierung auf, diesen misserablen Zustand schnellstmöglich zu beheben. Des Weiteren fordert die Fraktion eine umweltschonende Umsetzung unseres Verkehrskonzepts unter Berücksichtigung eines modernen Verkehrsleitsystems in unserer Gemeinde mit dem Ziel einer Reduzierung und Beruhigung des Verkehrsaufkommens in unseren Ortsdurchfahrten. Zur optimalen Abstimmung unserer Verkehrssysteme beantragen wir ein überarbeitetes Nationalparkverkehrskonzept dem Gemeinderat zeitnah vorzulegen.

Um die Elektromobilität zu fördern, setzen wir uns für die Schaffung eines flächendeckenden Netzes von Auflademöglichkeiten sowie die Installation von Ladestationen auf Parkplätzen von Nahversorgern ein. Des Weiteren bitten wir zu prüfen, wo der Aufbau von Ladestationen an der öffentlichen Straßenbeleuchtung möglich ist.

Die Gemeinde Baiersbronn bietet Einheimischen als auch Gästen einen hohen Komfort an Lebensqualität. Darauf können wir stolz sein. Dieses positive Lebensgefühl gilt es auch in Zukunft zu leben und zu erhalten und durch sinnvolle Investitionen zu unterstützen und weiter zu stärken.

Die Tourismusbranche ist auch in der Gemeinde Baiersbronn weiter auf Erfolgskurs. Wir haben den Gästen touristisch viel zu bieten. Mit diesen Angeboten müssen wir sorgsam umgehen und bei allen Entscheidungen darauf achten, dass sie keinen Schaden nehmen. Denn der Tourismus ist der maßgebliche Wirtschaftsfaktor in unserer

Gemeinde von dem nicht nur Gäste sondern auch die einheimische Bevölkerung und Wirtschaft besonders partizipieren. Der Tourismus bringt dabei nicht nur Umsätze in den gastgewerblichen Betrieben sowie bei sonstigen tourismusrelevanten Dienstleistern. Auch andere Branchen – und hier vor allem der Einzelhandel und die Handwerksbetriebe - machen ein attraktives Angebot erst möglich.

Trotz positiver Gästezahlen sieht die SPD-Gemeinderatsfraktion Handlungsbedarf, um für eine nachhaltig gute Entwicklung des Tourismus in Baiersbronn zu sorgen. Dazu bedarf es weiterer Investitionen um unseren erfolgreichen touristischen Weg konsequent fortzusetzen. Nur durch professionelles Handeln wird es möglich sein unsere touristische Spitzenstellung auch weiterhin zu gewährleisten und auszubauen.

Dafür bedankt sich die SPD-Gemeinderatsfraktion, neben den touristischen Anbietern und Beherbergungsbetrieben, insbesondere bei der Baiersbronn Touristik mit Tourismusdirektor Patrick Schreib und seinem gesamten Team.

Eine weitere große Chance Baiersbronn und seinen Teilort Friedrichstal weiter aufzuwerten bietet das Grünprojekt Baiersbronn-Freudenstadt 2025. Hier gilt es in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung neue, attraktive Angebote zu schaffen, die nicht nur die Gäste und Besucher erfreuen, sondern auch ein nachhaltiges Angebot für die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde hinterlassen.

Eine zukunftsorientierte Dorfentwicklung muss nach Auffassung der SPD-Fraktion in Zukunft neue Wege gehen. Dabei muss es erlaubt sein zu prüfen in wie weit Leerstand von Gebäuden durch die Gemeinde aufgekauft oder an Interessenten weiter vermittelt werden kann, um eine sinnvolle Ortsentwicklung zu gewährleisten und einem zunehmenden Flächenverbrauch durch eine immer weitere Flächenausweisung als Bauland Einhalt geboten werden kann.

Auch gilt es vorhandene alte Bausubstanz, wo möglich, wieder zu renovieren. Dabei sollten einheimische Baustoffe wie z.B. Holz vorrangig zur Renovierung Verwendung finden und besondere Rücksichtnahme auf das Landschafts- und Ortsbild genommen werden. Die SPD-Fraktion beantragt für solche gelungene Renovierungen jährlich einen besonderen Preis auszuloben.

Unsere Vereine sind für das gesellschaftliche und kulturelle Leben unserer Gemeinde unverzichtbar. Sie schulen und verlangen soziale Kompetenz und sind ein Ort um soziale Kontakte zu knüpfen und zu pflegen. Viele Bürgerinnen und Bürger bringen sich in „Ihrem Verein“ ehrenamtlich ein. Für die SPD-Fraktion ist eine verstärkte Vernetzung unserer Vereine mit unseren Schulen wünschenswert und wird von uns nachhaltig unterstützt. Im Sinne einer erfolgreichen Politik für Kinder und Jugendliche sind unsere Vereine und insbesondere die Sport treibenden Vereine unverzichtbar. Eine finanzielle und ideelle Unterstützung der Vereine durch unsere Gemeinde wird von uns deshalb unterstützt und muss, aus unserer Sicht, auch in Zukunft als freiwillige Leistung beibehalten werden.

Der Dank der SPD-Fraktion gilt in diesem Zusammenhang all denjenigen Personen, die sich ehrenamtlich in sozialen, karikativen, kirchlichen, kulturellen, sportlichen, umweltpolitischen und kommunalen Gremien, Organisationen Initiativen und Vereinen engagieren.

Zum Schluss meiner Ausführungen darf ich mich im Namen der SPD-Gemeinderatsfraktion noch einmal bei unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern bedanken, die durch ihre Vorschläge, Hinweise und Ideen, insbesondere aber durch ihre aktive Mitarbeit unsere Arbeit nachhaltig unterstützt haben.

Ihnen Herr Bürgermeister Ruf danke wir für die geleistete Arbeit und die anhaltend gute Zusammenarbeit.

Herr Veit Ihnen und Ihrem Kämmergeiteam danke wir für die Vorbereitung des Haushalts und die Vorbereitungen hierzu.

Bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und der kommunalen Eigenbetriebe bedanken wir uns dafür, dass sie uns Gemeinderäte immer wieder tatkräftig unterstützt und damit ermöglichen haben, unserer Verantwortung gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern gerecht werden können.

Bedanken darf ich mich schließlich auch bei allen Gemeinderatskolleginnen- und kollegen für die konstruktive Zusammenarbeit. Auch wenn wir nicht immer einer Meinung sind, haben wir bei den wichtigsten Themen des Jahres 2018 – wieder einmal – ergebnisorientiert und erfolgreich zusammengearbeitet.

Die SPD-Gemeinderatsfraktion stimmt dem Haushalt 2019 der Gemeinde Baiersbronn und dem Wirtschaftsplan 2019 der Baiersbronn Touristik zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Für die **BUB-Fraktion** trägt Gemeinderat Dr. Wäckers folgendes vor:

Bei einem Gesamtvolumen von 37,2 Millionen Euro im Ergebnishaushalt erwirtschaftet er im ordentlichen Ergebnis ein Plus von 1,36 Millionen. Dies ist möglich, dank der hervorragenden konjunkturellen Ausgangslage.

Im Bereich des Gesamtfinanzhaushaltes sind 6,3 Millionen Euro für Investitionen eingeplant. Die größten Brocken sind u.a. Finanzmittel für die Schulen mit 940.000 Euro (Mensa Werkrealschule, Schulküche Realschule, Sanierung Grundschule Klosterreichenbach), Mittel für die Unterdorfsanierung mit 2 Millionen Euro, der Hochwasserschutz mit 851.000 Euro, das Kämmergeibäude mit 510.000 Euro und die Ortsanbindung Friedrichstal mit 430.000 Euro.

Kommt die Gemeinde Baiersbronn in 2019 noch ohne Neuverschuldung aus, so steigt nach der vorläufigen Finanzplanung die Pro-Kopf-Verschuldung von 175 € am 31.12.2019 auf 584 € am 31.12.2022. Die Ursachen hierfür sind die Großprojekte wie die geplante Verlegung der Gemeindewerke, der Umbau der Freudenstädter Straße oder auch der ins Auge gefasste Kreisverkehr am Bahnhof. Wir müssen dabei jedoch darauf achten, nicht in die Schuldenfalle zu laufen.

Meine Damen und Herren, der weltweite CO₂-Ausstoß ist so hoch wie noch nie. Der Kampf gegen den Klimawandel scheint bisher erfolglos. Laut neuen Berichten der Internationalen Energieagentur IEA und der Weltwetterorganisation WMO erreicht er CO₂-Ausstoß neue Rekordwerte. Der Anstieg der energiebedingten Emissionen um 1,4 % beläuft sich auf etwa 32,5 Milliarden Tonnen, hervorgerufen durch Mehrnutzung von Erdgas, Kohle und Öl. Resultierend daraus hat sich die Klimaerwärmung im letzten Jahr fortgesetzt. Insgesamt liegt die Temperatur der Erdatmosphäre um etwa 1,1 Grad über dem vorindustriellen Niveau. Im Pariser Abkommen hat sich die Staatengemeinschaft vorgenommen, den Anstieg auf unter 2 Grad zu begrenzen. Wenn möglich sogar auf weniger als 1,5 Grad. Die Folgen kennen wir alle. Unwetter, Hitze, Dürre, abschmelzende Polkappen. Die Begrenzung der Erderwärmung wird zu einem Wettlauf mit der Zeit.

Der Weltklimarat hat zu raschem Handeln in allen Feldern und einer Nachbesserung der nationalen Klimaschutzziele aufgefordert. Auch wir sind hier gefordert.

Wir beantragen daher, dass die Gemeinde Baiersbronn endlich Gesellschafter der Energieagentur Horb wird, so wie Freudenstadt, Horb, Empfingen, Wörnersberg, Eutingen, Dornstetten, Glatten und Pfalzgrafenweiler.

Ferner beantragen wir, dass die Energieagentur einen Check der gemeindeeigenen Gebäude macht und eine Liste der möglichen Maßnahmen vorlegt, die dann abgearbeitet werden z.B. Photovoltaik, Dämmung usw.

Eine Öffentlichkeitsarbeit in Schulen oder auch über den Murgtalboten ist zusätzlich dringend geboten.

Meine Damen und Herren, von Bedeutung nicht nur für die Wirtschaftskraft der Gemeinde wird es sein, dass der Ausbau des Glasfasernetzes in allen Ortsteilen vorangetrieben wird. Mit dem Bau des Backbone-Netzes hat der Landkreis begonnen. Nun gilt es auf allen politischen Ebenen Druck zu machen, dass Gelder fließen. Länder wie Dänemark, Schweden oder auch Holland sind da gegenüber der BRD wesentlich weiter.

Nun zu einem ganz anderen Thema. War von einigen Jahren die Asylantenflut und damit verbunden deren Unterbringung auch in Baiersbronn ein Thema so ist es in letzter Zeit ruhig geworden. Der Integrationsmanager Jan Münzberg, der aktuell 160 Flüchtlinge betreut, hat sich inzwischen gut eingearbeitet. Wir beantragen hiermit, dass er dem Gemeinderat in diesem Jahr über seine Arbeit berichtet, auch im Hinblick darauf, wie die Gemeinde ihn bei der Integration der Flüchtlinge weiterhin unterstützen kann.

Meine Damen und Herren, die Verkehrssituation in Baiersbronn wird sich durch den Freudenstädter Tunnel erheblich verschärfen. Um der Autoflut Herr zu werden, ist der vorgestellte Kreisverkehr am Bahnhof die absolut charmantere Lösung, zumal die Situation am Spritzenhaus damit auch verschärft würde. Betonmauern im Mutterort wollen wir nicht. Finanzielle Mittel seitens der Gemeinde werden jedoch auch nötig sein, wenn das Nationalparkzentrum fertiggestellt ist. So sollte u.a. zur Verkehrsentslastung der Teilorte der ÖPNV gestärkt werden.

Die Verwirklichung von barrierefreien Gehwegen und Übergängen ist auch in unserer Gemeinde nur ansatzweise vollzogen. Deshalb beantragen wir eine Begutachtung der Wege und Übergänge und die Einstellung von entsprechenden Mitteln, um die Situation zu verbessern.

Meine Damen und Herren, zum Haushalt 2017 hatten wir für die Jugend die Einrichtung eines Boulder-Raumes vorgeschlagen. Da unser Vorstoß jedoch bisher ohne Erfolg war, stellen wir diesen Antrag erneut. z.B. in der Schwarzwaldhalle wäre vielleicht ein geeigneter Raum zu finden. Da die Situation der Kinderbetreuung in der Gesamtgemeinde eng wird, müssen wir für neue Kindergartenplätze sorgen. So wäre es möglich, den Gedanken des Waldkindergartens zu reaktivieren und einen solchen zu installieren oder evtl. nicht genutzte Räume in der Grundschule Klosterreichenbach umzuwidmen.

Zur z.T. geforderten Gebührenfreiheit für alle möchten wir doch ein paar Bemerkungen machen. Beste Bildung braucht Qualität und soziale Gerechtigkeit. Geld sollte vorrangig in die weitere Verbesserung des Betreuungsschlüssels, längere Öffnungszeiten, qualifizierte Sprachförderung, gelingende Inklusion sowie die Stärkung von Erzieherinnen und damit in ihre Aus- und Weiterbildung und eine bessere Bezahlung investiert werden. Eine soziale Staffelung der Gebühren entlastet Eltern mit geringerem Einkommen. Bei einer anderen Regelung werden auch die finanziell entlastet, die es an sich nicht nötig hätten.

Noch ein letztes Das Bienen- und Insektensterben ist in aller Munde. Wir wollen von der Gemeinde wissen, welche Maßnahmen sie vorschlägt und ergreift, um dem entgegenzusteuern.

Meine Damen und Herren, nach neuesten Zahlen wurden die Gästeankünfte in Baiersbronn wiederum gesteigert. Da die Gemeinde zu einem großen Teil vom Tourismus lebt, sind wir darüber sehr erfreut und stimmen deshalb dem Wirtschaftsplan der Baiersbronn Touristik zu,

Wir danken der gesamten Verwaltung für die Erstellung des Haushaltsplanes.
Mit bestem Dank für die Aufmerksamkeit.

Der Vorsitzende der **FDP/UBL-Fraktion**, Uli Schmelzle, verzichtet aus Zeitgründen auf Verlesen der Haushaltsrede. Er verweist auf die Veröffentlichung im Murgtalboten und hofft auch Nachahmer im nächsten Jahr.

Zunächst möchte sich die FDP/UBL Fraktion bei den Gemeindebediensteten vom Bürgermeister über die Verwaltung bis zu den ausführenden Angestellten für die umsichtige und verantwortungsbewusste Arbeit an diesem Haushaltsentwurf bedanken.

Außerdem bedanken wir uns bei den anderen Gemeinderatsfraktionen für die kollegiale und offene Zusammenarbeit sowohl im vergangenen Jahr, wie auch insgesamt in der vergangenen Wahlperiode.

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Dies ist der dreiunddreißigste Haushaltsplan dessen Einbringung und Verabschiedung ich mitmache. In dieser Zeit war die Einbringung durch Kämmerer und Bürgermeister nie von einer solchen Euphorie, Freude und Genugtuung, begleitet, wie beim Haushaltsplan 2019.

Dank der nach wie vor kraftvollen Konjunktur haben sich auch die Gemeindefinanzen neben dem Bund und des Landes so gut entwickelt, dass wir im Plan 2019 mit einem ordentlichen Ergebnis von 1,3 Mio. Euro rechnen können. Für 2018 war noch ein Verlust von € 900.000,-- ausgewiesen.

Mit solchen Ergebnissen, bleiben die Streichlisten der einzelnen Ortsteile nicht so lang und es können Projekte und Wünsche abgearbeitet werden, die vor allem der Lebensqualität und dem Substanzerhalt dienen. Im Bund und den Ländern werden Haushalte mit einer schwarzen Null, trotz immenser Mehreinnahmen als Erfolg gefeiert. Unsere Gemeinde schafft es bei ihren vielfältigen Aufgaben, auf dieser großen Fläche, ihre Verschuldung von € 800,-- pro Einwohner in den letzten 20 Jahren auf € 200,00 pro Einwohner zurück zu führen. Wir kommen auch 2019 wieder ohne Schuldaufnahme aus, wobei bereits schon seit 2014 Neuverschuldungen für die anstehenden Projekte geplant waren.

Mit unserer Verschuldung pro Einwohner liegen wir deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Wir appellieren an Verwaltung und Gremium weiterhin das solide Haushalten beizubehalten und in diesen wirtschaftlich guten Zeiten uns so auf zu stellen, dass wir auch finanziell schwächere Perioden, die bestimmt mal wieder eintreten, schadlos überstehen können.

Das vergangene Jahr 2018 hat uns in vielfältiger Weise vor Augen geführt, dass der Klimawandel bei uns angekommen ist. So haben das Hochwasser des Winters 17/18 und die Trockenheit des Sommers ihre deutlichen Spuren im letzten Wirtschaftsjahr hinterlassen.

Zu diesem Aspekt gesellt sich eine zunehmend unsichere wirtschaftliche Gesamtentwicklung unter Berücksichtigung der internationalen großpolitischen Lage mit Wirtschaftsprotektionismus, starkem Wandel des Arbeitsleben durch Digitalisierung und nicht zuletzt eines Arbeitskräftemangels. Der leider durch eine ineffiziente Bildungspolitik der letzten Dekaden zusätzlich verschärft wird. Und letzten Endes gießt der Staat durch eine ausufernde Bürokratie und Kontrollwahn noch Öl ins Feuer.

Das führt dazu, dass zukünftige Haushalte immer mehr mit Zurückhaltung geplant und mit immer mehr unsicheren Faktoren behaftet sein werden.

Natürlich sind die vielen geplanten Großprojekte, wie Grünprojekt 2025 oder der Hochwasserschutz, der erhoffte Bahnkreisel und die Fortführung der Unterdorfsanierung ein großer Kraftakt für die Gemeinde, aber das scheint sorgsam geplant und machbar zu sein.

Dass hier natürlich der Schuldenstand der Gemeinde wieder erhöht werden muss, wird einem angesichts der Ausgaben klar, aber die sorgsame Rückführung von Schulden der vergangenen Jahre macht sich hier sehr bezahlt, und der noch niedrige Schuldzins wird wohl auch noch einige Zeit andauern.

Verwaltung und Personal

Nach den Kommunalwahlen und der Bürgermeisterwahl in diesem Jahr wird das Gremium hier in diesem Saal nicht mehr dasselbe sein. Wir hoffen aber, dass der Vorsitzende der alte bleiben wird. Herr Ruf, Sie haben in ihrer ersten Amtszeit große Pflöcke mit einem atemberaubenden Tempo für eine künftige erfolgreiche Entwicklung der Gemeinde gesetzt. Dafür haben sie unser aller aufrichtigen Dank. Momentan ist die Gemeinde mit ihren mehr als 300 Mitarbeitern, meinen wir gut aufgestellt. Beim Sorgenkind Bauamt konnten wieder die vakanten Stellen besetzt werden, die nun hoffentlich ein qualifiziertes und schnelleres Abarbeiten der gestellten Aufgaben ermöglichen. Auch die Gemeindewerke sind durch die Neustrukturierung noch nicht optimal, aber arbeitsfähig besetzt. Sehr positiv sehen wir, dass Hauptamt und Bürgermeister zusammen mit dem Personalrat Maßnahmen überlegen und auch umsetzen, um die Gemeinde als Arbeitgeber attraktiv am Arbeitsmarkt zu platzieren.

Ortsentwicklung/Straßenbau

Die Umgestaltung der Freudenstädter Straße geht nun in ihren 2. Bauabschnitt. Bisher verlief der Umbau zwar ohne größere Probleme, bringt aber weiterhin unvermeidbare Belastungen für die Bevölkerung und die Betriebe mit sich. Nach Fertigstellung sollte sich dies jedoch durch eine Beruhigung des Verkehrs und mehr Lebensqualität für Bürger und Gäste bezahlt machen. Mit dem 2. Bauabschnitt werden sich die Belastungen Richtung Murgbrücke verlagern. Auch hier erhoffen wir uns einen zügigen Bauverlauf, nachdem mit den betroffenen Betrieben und Grundstückseigentümern gute Kompromisse gefunden wurden.

Nachdem beim von uns gewünschten Kreisverkehr am Bahnübergang die Machbarkeit nachgewiesen ist, gilt es dieses Projekt weiter voran zu treiben. Insbesondere der Bund, aber auch AVG müssen sich an diesem Projekt finanziell beteiligen. Für die angespannte Verkehrs- und Parksituation rund um das Ärztehaus ist ein Kreisel sinnvoller und deutlich günstiger ist als die bisher geplante Brückenlösung. Der überörtliche Verkehr muss weiter und verstärkt über den Murgtalaufstieg und die B 294 gelenkt werden.

Dringend bleibt aus unserer Sicht die Sanierung der L401 zum Ruhestein. Diese Straße ist Portal zum Nationalpark und eine Sanierung ist im Rahmen des Verkehrskonzeptes so notwendig wie ein Verkehrsteiler am Ortsausgang von Obertal.

Unbefriedigend bleibt die Situation der Alten Krone in Baiersbronn. Hier ist dringend eine einvernehmliche Lösung mit dem Eigentümer gefordert. Verschiedene Varianten wurden hier von den Planungsbüros aufgezeigt. Hier appellieren wir an die Mitarbeit und Kompromissfähigkeit der betroffenen Mitbürger zugunsten des Allgemeinwohls.

Unverzichtbar bleibt für uns auch ein Ersatz für die geschlossene Sesselbahn auf den Stöckerkopf. Eine neue Bahn ist ein zentrales Projekt für alle Aktivitäten im Sankenbach, für die Hütte, genauso wie für Gleitschirmflieger und die Mountain Cars. Daher muss dieses Projekt mit Hochdruck bearbeitet werden, um spätestens bis zum Grünprojekt 2025 in Betrieb zu sein. Wichtig wäre es auch alle Anbieter im Bereich Stöckerkopf an einen Tisch zu bringen, um praktikable Zwischenlösungen zu finden. Langfristig ist es notwendig, die Zusammenarbeit Bahn und Hütte zu verbessern oder in einer Hand zu betreiben.

Unser Anspruch, die Gemeinde für die Bewohner und Neubürger attraktiv zu erhalten und zu gestalten, muss weiterhin Leitgedanken unserer kommunalen Politik sein und sollte sich an den Bedürfnissen unserer Gäste und Einheimischen orientieren. Unsere Einwohnerzahlen sind derzeit stabil. Zukunftsforscher sehen für die nächsten Jahre wieder einen Trend aufs Land. Dies müssen wir in unsere Überlegungen für eine gesunde Ortsentwicklung, auch in den Teilorten mit einfließen lassen. Deshalb setzen wir uns für eine landschafts- und ortsbildschonende, Bebauung im Altbestand und Brachen in den Ortskernen ein. Z.B. im Bereich der alten Krone/Cafe Klumpp oder der Bebauung des Sonnenareals in Obertal, zusammen mit einem Bauträger.

Mit dem Betrieb des Kulturparkes Glashütte und dem neuen Forellenhof in Buhlbach haben die Verkehre nach Buhlbach sehr stark zugenommen. Wir möchten, deshalb wieder den Antrag des Bezirksbeirates aufgreifen, einen straßenbegleitenden Fuß- bzw. Radweg nach Buhlbach anzulegen. Die topographischen Verhältnisse sind nicht einfach. Eine gute Planung kann dies aber lösen. Desweiteren im diesjährigen Belagsprogramm die seitens des BZB beantragten Maßnahmen, Braunengasse ab Haus Gaiser bis zum Braunerank und die Wohnstrasse am Röhrsächle abzarbeiten.

Digitalisierung/Nachhaltigkeit

Die Gemeinde hat erfreulicherweise schon einiges auf den Weg gebracht, was Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit anbelangt und dennoch ist dies ein Thema, das uns immer mehr und möglichst intensiv beschäftigen sollte. Deshalb regen wir einen internen Ideenwettbewerb der Kommune an, wie Nachhaltigkeit und Effizienz erhöht werden können.

Auch begrüßen wir den Ausbau der kommunalen Digitalisierung, die dann auch dem folgenden Gemeinderat zugutekommt. Wir fordern, diesen Weg konsequent weiter zu gehen um den öffentlichen Servicegedanken zu stärken, aber auch um Arbeitsabläufe zu optimieren und personelle Ressourcen freizugeben. Im Gegensatz dazu ist es ein Trauerspiel, wie hier im ländlichen Raum der Ausbau des Breitbandes immer noch mehr als schleppend verläuft, was manchen mittleren Betrieben das Leben schwer macht und nicht zur Attraktivität beiträgt. Hier zählt jedes verlorene Jahr schwerwiegend. Doch hier muss die Schuld auf höherer Ebene gesucht werden.

Erfreulich, dass das örtliche freie W-LAN nun endlich angefangen hat, wobei der Nutzen wohl in naher Zukunft immer unwichtiger werden wird.

Auch wenn die Digitalisierung nur teilweise durch die Gemeinde geleistet werden kann, so sehen wir hier dringenden Handlungsbedarf. Leider folgen zu diesem Zukunftsthema bei den Regierungen auf Bundes- und Landesebene auf die Sonntagsreden keine entsprechenden Taten.

So verwundert es nicht, dass Deutschland in Sachen Digitalisierung hinterherhinkt. Der Bund stellt zwar Haushaltsmittel zum Ausbau der Kabelnetze bereit, wundert sich jedoch dann, dass diese Mittel nicht abgerufen werden. So werden die Ausführungsbestimmungen zur Förderung von Maßnahmen durch die Landesregierung so formuliert, dass Gemeinden wie Baiersbronn, die bei der Digitalisierung aktiv werden wollen, daran gehindert und von der Landesregierung ausgebremst werden.

Land- und Forstwirtschaft

Die Förderung der Landwirtschaft und damit die Offenhaltung unserer Landschaft ist für die Tourismus-Gemeinde Baiersbronn immens wichtig. Unsere Landwirte tragen mit ihrer Arbeit zu einem großen Teil zu unserem Wohlbefinden in Baiersbronn bei. Dies ist der Verwaltung und dem Gemeinderat bewusst. Entsprechend ist auch die Unterstützung im Rahmen der Möglichkeiten. Hilfreich zwischen Angebot und Nachfrage nach Futter (Heu/Öhmd) könnte eine Futterbörse bei der zuständigen Stelle auf dem Bauamt sein.

2019 wird das erste Forstwirtschaftsjahr mit eigenem Forstbetrieb sein. Die Planzahlen sind der neuen Situation angepasst und nach jetzigem Stand schlüssig. Auf der einen Seite steigen die Personalaufgaben und der anderen Seite verringern sich die Bewirtschaftungskosten die wir bisher an das Landratsamt abgeführt haben. Besorgniserregend ist die nachlassende Nachfrage nach Holz, zumal der Anfall von Holz aus den drohenden Borkenkäferkamalitäten zunehmen wird.

Es bleibt spannend wie sich das Forstreformgesetz auf unseren Kommunalwald auswirken wird. Hier müssen wir wachsam sein, unser Bürgermeister über die Forstkammer und unsere Landtagsabgeordneten mit ihrem Einfluss auf Minister Haug. Es ist zu befürchten, dass Kommunal und Privatwald mit neuen waldbaulichen Pflichten bevormundet werden. Dadurch werden die Möglichkeiten eingeschränkt, unseren Wald wirtschaftlich zu entwickeln.

Schulen, Kindergärten

Der Haushalt von Schulen und Kindergärten ist in unserer Gemeinde beileibe kein Stiefkind, sondern wird konsequent auf hohem Niveau weiterentwickelt. So stehen Schulen und Kindergärten von solidem Standard für alle Kinder zur Verfügung. Das zeigt ein deutliches Bekenntnis zur Bildungsverantwortung der Gemeinde, wenngleich auch hier das Digital-Handicap sich wohl bald als Bremse auswirken wird.

An den Schulen und Kindergärten zeigt sich immer mehr auch der Nutzen der Sozialarbeit, die nach unserer Auffassung eher noch ausgebaut werden sollte. Hingegen wurde dem Gemeinderat bedauerlicherweise immer noch keine Gelegenheit zur Überprüfung der Effizienz des Jugendzentrums gegeben.

Sport/Kultur/Jugendmusikschule

Im Sportbereich sind es ebenfalls unsere Vereine, die vorbildliche Arbeit leisten und auch weiterhin auf die Unterstützung der Gemeinde zählen können. So nutzen wir die Gelegenheit, all dieses ehrenamtliche Engagement zu würdigen, dass dazu beiträgt, dass der Ort eine positive Ausstrahlung erhält

Da nun bei der Jugendmusikschule ein neuer Wind, sprich eine neue Führung angekommen ist, sind wir auf die neuen Ideen und Projekte gespannt. Nach wie vor erhoffen wir uns über die Jugendmusikschule eine Stimulation und Zusammenführung des kulturellen Geschehens in der Gesamtgemeinde, damit wir unseren hoffentlich bald schönen Ortskern auch mit Leben erfüllen können.

Hier werden wohl die Ausgaben der Gemeinde in Zukunft größer werden – schon in Ermangelung eines Gebäudes- aber kulturelles Leben lässt sich nicht direkt rechnen, erhöht aber deutlich die Attraktivität des Ortes und steigert das eigene Wohlbefinden. So regen wir hier ein kleines separates Budget für die Jugendmusikschule an, um entsprechende Veranstaltungen durchführen zu können. Als Beispiel soll hier der Einkauf von notwendigen Ergänzungsmusikern, Ensemble-Notenkauf, etc. erwähnt werden.

Gemeindewerke

Im Wettbewerb behaupten sich unsere Gemeindewerke weiterhin sehr gut. Gerade bei den Großverbrauchern gibt es einen verstärkten Wettbewerb der Anbieter. Die Gemeindewerke profilieren sich als starker Anbieter im lokalen Bereich der Gemeinde.

Wir wollen diese Stellung weiter ausbauen und sehen in den regenerativen Energien weitere Ausbaumöglichkeiten. Dies gilt trotz der durch den Klimawandel verursachten Wetterkapriolen wie trockene Sommer oder auch heftige Niederschläge wie im letzten Winter. Hier ist ein gesunder Mix aus Wasserkraft und Solarenergie, aber auch aus Windkraft gefordert.

Die Sanierung der Eislaufhalle ist inzwischen abgeschlossen. Nicht nur die Sicherheit der Halle wurde hier verbessert, auch technisch wurde die Halle modernisiert. Wir freuen uns, dass wir die Eislaufhalle als attraktive Freizeiteinrichtung erhalten konnten. Der Zuspruch hat durch die Sanierung merklich zugenommen.

Die teilweise Verlagerung der Verwaltung der Gemeindewerke erfordert ein neues Gebäude auf den Reichenbacher Höfen. Hier unterstützen wir einen Architektenwettbewerb und sind gespannt auf die dann präsentierten Ideen. Das Gebäude sollte funktional sein, aber auch unsere Gemeindewerke gegenüber Kunden und Bürgern repräsentieren.

Uns sollte aber weiterhin bewusst sein, dass wir uns mit unseren vielen Freibädern einen großen Luxus leisten, der bei einer anderen gesamtwirtschaftlichen Lage zu finanziellen Engpässen führen kann.

Baiersbronn-Touristik

Baiersbronn gehört zu den Top-Anbietern in der deutschen Tourismusbranche. Dies erfordert immer wieder neue Innovationen und Reaktionen auf das sich verändernde Urlaubsverhalten im Rahmen unseres Baiersbronner Wanderhimmels.

U.a. ist das Thema Gesundheit wieder verstärkt ein Qualitätsmerkmal für einen Urlaub. Wir haben darauf reagiert und die heilklimatischen Wege in Obertal überarbeitet und einen Heilklima-Rundweg um den ganzen Ort konzipiert.

Was dazu noch fehlt sind jetzt z.B. Pauschalangebote für den Heilklimatischen Kurort. Wandern im Heilklima wird von den Gästen genutzt sehr gut angenommen.

Eine der großen Herausforderungen wird in den nächsten Jahren, die Touristische Erschließung Weiterentwicklung des Stöckerkopfes mit dem Bau einer neuen Bahn und des Sankenbachtals sein. Eigentumsrechtlich, Konzeptionell und finanziell. Wobei aus unserer Sicht das finanzielle Engagement weitgehend durch Investoren bedient werden soll.

Mit unserer Online-Präsenz sind wir derzeit modern aufgestellt. Damit diese zukunftsfähig bleibt, vor allem im Hinblick auf ein jüngeres Klientel, soll sie ständig professionell weiterentwickelt werden.

Das Motto des diesjährigen Tourismustages "Qualität neu denken" wird in Baiersbronn, "dem Genussraum für die Seele", zu weiten Teilen schon immer beherzigt. Aber die Welt verändert sich, das Anspruchsdenken unserer Gäste ist ein anderes wie noch vor 20 Jahren. Diesen Ansprüchen müssen wir gerecht werden. Hier sind unsere Führer gefordert, die Mitarbeiter mitzunehmen und diesen auch entsprechende Freiräume zu lassen. Die Fortschreibung des Strategieprozesses Baiersbronn 2020 bis 2035 ist dazu ein wertvolles Medium.

Wir danken der Kämmerei mit Herrn Veit und Herrn Roller, Herrn Bauamtsleiter Kuntosch und Herrn Tourismusdirektor Schreib und allen Beteiligten für die Aufstellung des Haushaltes 2019

Die Fraktion FDP/UBL stimmt den Haushaltsplanentwürfen 2019 zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Beschluss:

1. Haushaltssatzung der Gemeinde Baiersbronn für das Haushaltsjahr 2019

Auf Grund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg hat der Gemeinderat am 29. Januar 2019 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019 beschlossen:

§ 1 Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt

Der Haushaltsplan wird festgesetzt

1. im **Ergebnishaushalt** mit den folgenden Beträgen
 - 1.1 Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von 37.202.400 Euro
 - 1.2 Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von 35.917.220 Euro
 - 1.3 **Veranschlagtes ordentliches Ergebnis** (Saldo aus 1.1 und 1.2) von 1.285.180 Euro
 - 1.4 Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von 0 Euro
 - 1.5 Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von 0 Euro
 - 1.6 **Veranschlagtes Sonderergebnis** (Saldo aus 1.4 und 1.5) von 0 Euro
 - 1.7 **Veranschlagtes Gesamtergebnis** (Summe aus 1.3 und 1.6) von 1.285.180 Euro
2. im **Finanzhaushalt** mit den folgenden Beträgen
 - 2.1 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von 35.998.800 Euro
 - 2.2 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von 32.362.220 Euro
 - 2.3 **Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushaltes** (Saldo aus 2.1 und 2.2) von 3.636.580 Euro
 - 2.4 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von 5.573.600 Euro
 - 2.5 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von 11.839.700 Euro
 - 2.6 **Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit** (Saldo aus 2.4 und 2.5) von -6.266.100 Euro
 - 2.7 **Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf** (Saldo aus 2.3 und 2.6) von -2.629.520 Euro
 - 2.8 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von 0 Euro
 - 2.9 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von 496.000 Euro

2.10 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	-496.000 Euro
2.11 Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	-3.125.520 Euro

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen (Kreditermächtigung)

wird festgesetzt auf: 0 Euro

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen) wird festgesetzt auf: 0 Euro.

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 3.000.000 Euro.

§ 5 Steuersätze

Die Steuersätze (Hebesätze) werden festgesetzt

1. Für die Grundsteuer
 - a. für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf 870 v.H.
 - b. für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf 350 v.H.
der Steuermessbeträge;
Kleinbeträge, die 15,00 Euro nicht übersteigen, werden am 15. August mit ihrem Jahresbetrag fällig.
Kleinbeträge, die 30,00 Euro nicht übersteigen, werden am 15. Februar und 15. August zu je einer Hälfte ihres Jahresbetrages fällig.
2. Für die Gewerbesteuer auf 350 v.H.
der Steuermessbeträge.

Beschluss-Nr. GR 10/2019

TOP 10. Feststellung des Wirtschaftsplanes 2019 der Baiersbronn Touristik

Sachverhalt:

Den Gemeinderäten ist als Tischvorlage in der Gemeinderatssitzung vom 20. November 2018 der Entwurf des Wirtschaftsplanes 2019 des Eigenbetriebs Baiersbronn Touristik zugegangen. Der endgültige Entwurf des Wirtschaftsplanes ging dem Gemeinderat als Tischvorlage zu.

Diskussionsverlauf:

Zu den Ausführungen der einzelnen Fraktionen zum Wirtschaftsplan 2019 der Baiersbronn Touristik wird auf die vorherige Beratung des Haushaltes der Gemeinde verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

3 Enthaltungen.

Beschluss:

Aufgrund des § 15 EigBG i.d.F. vom 08.01.1992 -Ges.Bl.S. 21- wird beschlossen:

Der Wirtschaftsplan wird festgesetzt:

1. Im Erfolgsplan	
a) Summe der Erträge	3.166.300 €
b) Summe der Aufwendungen	5.016.300 €
c) Jahresverlust	1.850.000 €
2. Im Vermögensplan	
Summe Kapitalbedarf / Kapitaldeckung	2.967.300€
3. Mit dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen (Kreditermächtigung) in Höhe von	- 0 - €
4. Mit dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von	- 0 - €
5. Höhe der Kassenkredite	360.000 €

Beschluss-Nr. GR 11/2019

TOP 11. Bekanntgaben

Sachverhalt:

1. Bekanntgabe einer Eilentscheidung des Bürgermeisters vom 16. Januar 2019 Bestellung eines mobilen Hochwasserschutzes Hydrobaffle

Am 16. Januar 2019 hat der Bürgermeister eine Eilentscheidung gem. § 43 Abs. 4 GemO getroffen und Elemente für einen mobilen Hochwasserschutz Hydrobaffle (550m Gesamtlänge inkl. Überlappung) zum Bruttopreis von 149.945,43 € bestellt.

In der Sitzung des Gemeinderates vom 20. November 2018 - § 164 – war einstimmig beschlossen worden:

„Der Gemeinderat beschließt, vorbehaltlich der Zuschusszusage, der geplanten Beschaffung eines Mobilen Dammes (Hydrobaffle) laut vorliegendem Angebot der Firma Hochwasserschutz Agentur, zuzustimmen.“

Eine Zuschusszusage war leider bislang immer noch nicht zu erhalten. Diese ist, nach Aussage des RP Karlsruhe, auch nicht vor April 2019 zu erwarten. Allerdings ging am 28. Dezember 2018 der Bescheid ein, dass eine Bestellung förderunschädlich ist (Unbedenklichkeitsbescheinigung). Am 15. Januar 2019 erhielt man das erneuerte Angebot des Lieferanten. Die Bindefrist des ursprünglichen Angebots war zwischenzeitlich abgelaufen gewesen. Am 16. Januar 2019 fiel dann die genannte Eilentscheidung.

Hintergrund für die Eilentscheidung ist die große Verzögerung in der Beschaffung dieses technischen Hilfsmittels, welches von allen Beteiligten (Feuerwehr, Bauhof, Verwaltung, Gemeinderat...) als sehr nützlich und wichtig eingeschätzt wird. Ohne die Unbedenklichkeitsbescheinigung war bislang keine Bestellung möglich gewesen, ohne die geplante Förderung zu gefährden. Angesichts von zwei kritischen, aber zum Glück glimpflich ausgegangenen, Wetter- bzw. Hochwasserlagen in jüngster Zeit (23./24. Dezember 2018 und 12./13. Januar 2019) musste man einfach feststellen, dass die Bestellung und Lieferung so schnell als möglich erfolgen sollte. Insbesondere auch weil die Lieferzeit mit 9 – 12 Wochen angegeben war.

Zwischenzeitlich liegt mit der Auftragsbestätigung nun auch ein konkreter Liefertermin bis 15. März 2019 vor.

Die Fraktionsvorsitzenden waren im Vorfeld der Eilentscheidung informiert worden.

Hiermit wird die Eilentscheidung dem Gemeinderat bekannt gegeben.

2. Der Vorsitzende informiert das Gremium darüber, dass die allgemeine Finanzprüfung der Gemeinde Baiersbronn, der Gemeindewerke Baiersbronn und der Baiersbronn Touristik für 2014 bis 2015 gemäß Schreiben des Landratsamtes Freudenstadt vom 21.12.2018 abgeschlossen sei, da die im Prüfungsbericht der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg vom 12.03.2018 Feststellungen und Beanstandungen erledigt seien. Der Gemeinderat sei hierüber zu unterrichten, was hiermit erfolgt sei.

Kurzprotokoll

Der Gemeinderat hat am 29. Januar 2019 in nichtöffentlicher Sitzung folgende Beschlüsse gefasst:

1. zwei langjährige, verdiente Feuerwehrmitglieder zum Ehrenmitglied bzw. Ehrenkommandanten zu ernennen.
2. die Vergütung der Wanderführer und Mountainbike-Guides anzupassen.